

Leben nach Migration – Newsletter Nr. 1 | 2015

WER IST DAS «VOLK»?

Diesen Monat ist sowohl Frauen*-März als auch am 21.03. der Internationale Tag gegen Rassismus. Für uns die Gelegenheit, genau diese beiden so eng miteinander verzahnten Themengebiete zu verbinden und einen Newsletter dazu herauszugeben. Denn wenn wir von PEGIDA und Rassismus sprechen, ist es auch immer wichtig, die unterschiedlichen Ebenen und die Vielschichtigkeit von Macht- und Dominanzkulturen zu beachten – und das Ineinandergreifen verschiedener Formen von Unterdrückung und Diskriminierung nicht aus dem Blick zu verlieren...

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.

Oranienstraße 34 • 10999 Berlin

presse@MRBB.de • 030/616 58 755

Redaktion: Koray Yılmaz-Günay (V.i.S.d.P.), Noa Ha, Iris Rajanayagam und Tuğba Tanyılmaz

Leben nach Migration erscheint sechs Mal im Jahr und dient den Mitgliedsorganisationen des MRBB und der interessierten Öffentlichkeit als Debatten- und Informationsmedium. Die Artikel geben die Meinung der Autor_innen wieder und müssen nicht den Positionen des MRBB entsprechen. Sie können mit der Quellenangabe «Leben nach Migration – Newsletter des Migrationsrats, Ausgabe 1|2015» vervielfältigt und weiterverwendet werden.

Artikel können unverlangt eingesandt werden. Es entsteht dadurch kein Anspruch auf Abdruck.

«Leben nach Migration» wird gefördert durch die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration.

I	N	H	A	L	T
Migrationsrat Berlin-Brandenburg					Seite 3
Wir sorgen uns!					
Ozan Keskinliç					Seite 5
PEGIDA und die Suche nach einem neuen deutschen Wir					
Cafer Kocadağ					Seite 7
Meinungsfreiheit Pegida? Verständnis für die Sorgen und Ängste von Rassist_innen und Nazis?					
Jihan Jasmin Dean					Seite 10
«...weil ihre Kultur so ist» – Narrative des antimuslimischen Rassismus (Rezension)					
Holger Förster					Seite 12
PEGIDA – Zeichen des Untergangs des Abendlandes					
Initiative Grenzen Los – Jugendtheater Büro Berlin					Seite 13
BABAAAAAAMMM!!! PEGIDA					
Azadê Peşmen, Noah Malin, Farah Bouamar, Mona Moon					Seite 17
Spoken Word und Lyrik zu PEGIDA und Co. – und Rap zum Frauen*-Kampftag					
Migrationsrat Berlin-Brandenburg					Seite 21
Internationaler Frauen*-Tag 8.März 2015: Frauen* und Migration – wir sind viele!					
Iris Rajanayagam					Seite 22
Frauen*-Solidarität? – Erfahrungen aus der Praxis					
Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin, ADNB					Seite 23
«Betroffene von Rassismus sehen sie sich durch den Staat und die Justiz nicht repräsentiert. Es fehlt das Vertrauen in diese Institutionen.»					
Migrationsrat Berlin-Brandenburg					Seite 25
Neuigkeiten vom MRBB und unseren Mitgliedern und Freund_innen					

Wir sorgen uns!

Tausende verlassen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und formieren sich zum größten rassistischen Mob in der deutschen Nachkriegsgeschichte!

Statement des MRBB zu neuen völkischen und rassistischen Bewegungen und der indifferenten Haltung von Staat und Politik

Wir genießen hier in Deutschland relative Sicherheit und relativen Reichtum. Die Finanzkrisen der letzten Jahre sind an uns vorbeigegangen. Die Kriege, an denen wir verdienen, finden weit von unserer Haustür statt. Die koloniale Vergangenheit möchten wir auch dort belassen, weit weg und in der Vergangenheit, am liebsten vergessen. Soweit und nicht ganz so gut.

Nun gut, es kommen immer mehr Menschen hier zu uns. Sie fliehen vor Krieg, vor Zerstörung, vor Gewalt, vor Hunger und wünschen sich ein sicheres und friedliches Leben. Sie kommen, und in Deutschland geht das Gefühl der «Überforderung» um. Und aus dieser Überforderung wird mal wieder ein Gefühl der «Überfremdung». Ein Gefühl, das uns, die wir hier leben, zeigt, dass wir uns hier selbst fremder werden. Denn wenn wir sehen, wie wenig politischer – dafür aber umso mehr zivilgesellschaftlicher – Widerstand den rassistischen Parolen entgegengesetzt wird. Parolen, die den öffentlichen Raum befüllen und unter dem sich ein immer größer werdender Mob organisiert. Ein rassistischer Mob in einem Land, das sich freiheitlich und demokratisch nennt, und sich eigentlich auch als «Einwanderungsland» begreift.

Deutschland lebt in Reichtum und Sicherheit – auch auf Kosten von anderen, und hat sich scheinbar aus einem analytischen Verständnis in Verbindung mit anderen Ländern völlig abgekoppelt. Und in dieser abgekoppelten und scheinheiligen Sicht bemüht Deutschland die Justiz, um die scheinheilige Ruhe herzustellen – wie zuletzt die versuchte Kriminalisierung des Thüringischen Ministerpräsidenten, der sich eine Nazi-Demo entgegstellte.

Tausende von Menschen verlassen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, tönen rassistische Phrasen, demonstrieren gegen ein dämonisiertes Anderes, ignorieren die strukturellen Probleme, und greifen auf ein scheinbares Ideal des eigenen überhöhten Ichs («Abendländer») zurück. Hier werden – mal wieder – Minderheiten oder «Anderere» für die eigene Misere verantwortlich gemacht und diese absolut nicht ins Verhältnis zu deren

Misere gesetzt, weil sie nicht als Menschen angesehen werden. Kommt uns das nicht bekannt vor – gerade in diesem Land? Und wie äußern sich Politiker_innen? Wir sollten deren Sorgen ernst nehmen – aber was ist mit unseren Sorgen?

Entschuldigung, aber hier geht es um keine «Sorgen»! Hier geht es darum, dass dem anwachsenden rassistischen Mob keine politische Position entgegengebracht wird. Im Gegenteil, diesen habenbüchenen, schon fast satirischen Forderungen der sogenannten **gida-Bewegung, die jeglicher politischer und realistischer Analyse entbehren, beruht auf einem dumpfen und irrationalen Gefühl von Angst, dass hier politisch instrumentalisiert wird. Denn tausende von Menschen dürfen sich unter scheinbar «normalen» Forderungen versammeln – und werden nicht damit konfrontiert, dass sie hier den Boden der Demokratie verlassen: Das ist das Ergebnis einer gescheiterten politischen Bildungsarbeit.

Wir fragen: Was wird den Menschen in den Schulen, in den Zeitungen, auf der Arbeit vermittelt?

Wie kann es sein, dass tausende Menschen mit dumpfen Parolen durch die Straßen ziehen und sich in einer identitären Hochburg des «Abendlandes» zurückziehen und als Feindbild sowohl die prekärsten als auch kaum vorhandenen Menschen der Minderheiten heraufbeschwören?

Wer ist dafür verantwortlich? Nur die einzelnen? Keine Institutionen wie Schulen, lokale Verwaltungen, Länderregierungen, die alle für eine demokratisch verfasste politische Bildungsarbeit verantwortlich sind?

Wir fragen: Wem nutzt diese Verschiebung der Verantwortung? Wenn wir, die demokratischen Bürger_innen, nicht so genau hinschauen, welche Verträge mit den USA (TTIP) und auf EU-Ebene (Finanzkrise) gemacht werden. Wenn wir möglichst nicht so viel darüber wissen sollen, wie tief und weit die Verstrickungen von Staat und NSU sind. Wenn wir möglichst wenig über die Fluchtgründe und unsere Verantwortung ihnen gegenüber erfah-

ren, sondern eine Politik der Abgrenzung fortwährend legitimiert wird (Frontex an der Außengrenze, Racial Profiling an den inneren Grenzen).

Heute schreiben wir, weil wir in diesem Land leben und uns sorgen. Auch wir haben Sorgen! Wir sorgen uns, dass wir nicht vor neonazistischer und rassistischer Gewalt geschützt werden. Wir sorgen uns, dass wir nicht vor rassistischer Diskriminierung geschützt werden. Wir sorgen uns, dass unsere Kinder aufgrund ihrer Haarfarbe und ihres Namens in ihrer Bildungsentwicklung behindert werden – wie so viele andere Kinder in diesem Land. Wir sorgen uns, dass einer *weißen* mehrheitsdeutschen Gruppe, die rassistische Parolen öffentlich vertritt, nicht politisch entgegengetreten wird, und kaum jemand um die demokratischen Grundfesten bangt – außer die außerordentlichen Zahlen der protestierenden Zivilgesellschaft für eine offene und inklusive Gesellschaft. Wir sorgen uns, dass für die Mitte der Gesellschaft Rassismus so alltäglich und so unbewusst und so selbstverständlich ist, dass dieser als kulturelles Vorurteil abgetan wird, aber nicht als ein rassistisches Selbstverständnis reflektiert, benannt und verurteilt wird.

Wir sorgen uns, dass trotz einer Politik des «Nie wieder!» nach 1945 rassistische Pogrome stattfinden, Hakenkreuze geschmiert werden, Zelte von Menschen in Not angezündet werden, Menschen aufgrund von äußerlichen Merkmalen angehalten, kontrolliert, zusammengeschlagen, getötet werden. Wir sorgen uns, dass die politische Elite nicht weiß, was Rassismus ist und daher dem bürgerlichen mehrheitsdeutschen Rassismus nicht viel entgegenzusetzen hat – weil dieser überall die Jahre mit den Büchern von Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky angefüllt wurde. Sarrazins Bücher befanden sich wochenlang auf den oberen Rängen der Hitliste und fütterten ein dumpfes völkisches Identitätsgefasel und bauschten eine Gefahr auf, die weder Zahlen noch Argumente benötigt, sondern nur ein latentes rassistisches Wohlbefinden («Wir sind das Volk!») anfüllt. Und es nun laut und deutlich heißt: «Das wird man noch sagen dürfen!»

Wir wissen, das ist der Anfang von einem großen Schlamassel, der sich jahrelang anbahnte, wo die Weichen nicht gestellt wurden. Eine Gesellschaft, die sich jahrzehntelang verweigert, sich über das Selbstverständnis einer diversen, inklusiven und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu verge-

wissern und sich als solche zu imaginieren, und stattdessen eine völkisch-ethnozentristische deutsche Gesellschaft zentriert, die den rassistischen Parolen nichts entgegengesetzt.

Es geht um die Angst vor dem eigenen Rassismus, der nicht angepackt, der nicht ausgepackt, der nicht ausgesprochen werden darf. Es geht darum, die rassistischen Kontinuitäten zu verschweigen, zu ignorieren und sich wie ein Kleinkind in der politischen Sphäre zu bewegen und sich die Augen vor dem Kopf zu halten und zu denken: «Ich sehe nichts.»

Wenn es in diesem Land nicht möglich sein wird – und wir sind da leider ziemlich skeptisch –, dass wir eine Stärkung der freiheitlich-demokratischen, inklusiven, rassismus-sensiblen Kräfte hinbekommen, die sich für Rassismusfreiheit und Antidiskriminierung einsetzen, und wenn es nicht möglich sein wird, Rassismus von den Individuen über die Institutionen über die Strukturen hin zu adressieren und zu analysieren, dann werden diejenigen, die die Augen verschließen und endlich die Hände von den Augen nehmen, sehen, dass Menschen und Häuser brennen. Dann werden wir sehen, dass Menschen nicht alle als Menschen behandelt werden und dass das Grundgesetz nicht mehr gilt: «Vor dem Gesetz sind alle gleich.»

Wir appellieren eindringlich, dass hier sofort eine politische Auseinandersetzung zu nationaler Identität, Diversität und Rassismus über alle Parteien, Individuen, Strukturen und Institutionen her muss – denn sonst werden die Geister der Ignoranz und Gewalt, die gerufen werden, immer weiter kreisen. Wollen wir wirklich in einer Demokratie leben, die wieder einen offenen Rassismus gesellschaftsfähig machen will? Wollen wir wirklich daran beteiligt sein, dass diesem offenen Rassismus nichts entgegengestellt wurde? Wollen wir daran beteiligt sein, dass nach 1945 Deutschland sich wieder zu einem bekennenden rassistischen Land entwickelt, weil die politische Elite dazu schweigt, banalisiert und die politischen Konsequenzen nicht wahrhaben und sehen will? Wollen wir wirklich dazu schweigen, wenn Menschen aufgrund von rassistischer Diskriminierung sterben, in ihrer Entwicklung behindert werden und sich nicht an der freiheitlichen Demokratie beteiligen können?

Für eine inklusive, diverse und demokratische Gesellschaft! Heute! Sofort!

PEGIDA und die Suche nach einem neuen deutschen Wir

Ozan Keskinliç

Die Islamisierung des Abendlandes schreitet in den gesellschaftlichen Phantasmen voran. Daran ändern auch schwächelnde PEGIDA-Demonstrationen wenig. Ihr Gründungsmythos greift auf ein breites gesellschaftliches Potential zurück, das sich aus Feind- und Fremdbildern speist. Vermeintliche «Ängste» und «Sorgen» überlagern die Diskriminierungsrhetorik über «die Anderen», die «uns» bedrohen. Mit erstaunlicher Standhaftigkeit verweigert sich der PEGIDA-Diskurs einer grundlegenden Auseinandersetzung mit Rassismus als strukturellem Problem. Diese Sprachlosigkeit wurde nicht zuletzt in der Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin deutlich: Angela Merkel forderte die Bevölkerung auf, sich den Demonstrationen nicht anzuschließen. Denn: «Zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen!»

Der fehlende Gebrauch des Begriffs Rassismus und die Leugnung rassistischer Zustände sind jedoch Kernprobleme in der Bekämpfung eines Phänomens, das für die Mehrheitsgesellschaft unsichtbar bleibt. Das wiederholte Aufgreifen stereotyper Repräsentationen nicht-weißer Minderheiten argumentiert mit einer «Aber»-Grundthese, die anti-rassistische Einwände von vornherein abspricht; wie auch im Fall von PEGIDA deutlich wird: Demonstrant_innen grenzen sich von Rechtsextremismus und Rassismus ab und verkünden im selben Atemzug Kulturkampfpapieren, die Diskriminierung und Ausgrenzung rechtfertigen. Auf Montagsaufmärschen rufen «normale Bürger_innen» den Slogan: «Wir sind das Volk», der die Fortführung: «... und ihr nicht!» überflüssig macht. Sie wecken Erinnerungen an die Mobs in Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln von vor 20 Jahren und zeigen, dass PEGIDA-Anhänger_innen ein Medium gefunden haben, um latenten Rassismus in Debatten um Flüchtlingspolitik und Zuwanderung ausleben zu können. Damit folgt die Bewegung einer Tradition von Verzerrungen, die sich auf einen Wahrheitsanspruch und das Recht auf Meinungsfreiheit beruft.

Debatten über eine deutsche Leitkultur und die Zugehörigkeit des Islam zur deutschen Nation befeuern die aufgeheizten Konfliktlinien. Das öffentli-

che «Feindbild Islam» liefert den Grundstein für die Verteidigung des Abendlandes. Antimuslimischer Rassismus liegt, wie der kürzlich erschienene Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung zeigt, in der Mitte der Gesellschaft: Laut der Studie zur Wahrnehmung des Islam in Deutschland sehen 57% der Deutschen im Islam eine Bedrohung. 40% der Befragten fühlen sich «durch die «vielen Muslime» wie Fremde im eigenen Land» und 61% sind der Ansicht, der Islam passe nicht in die westliche Welt¹.

Antimuslimische Ressentiments ziehen sich damit durch alle sozialen Schichten in Deutschland und bauen auf negativen Assoziationen zum Islam auf. «Muslimisch» und «deutsch» werden als sich widersprechende und entgegengesetzte Kategorien wahrgenommen. Deutschsein bleibt exklusiv.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Studie «Deutschland postmigrantisch I: Gesellschaft, Religion und Identität» des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Sie zeigt, dass 38% der Befragten der Ansicht sind, dass Kopftuchtragen und Deutschsein nicht miteinander vereinbar seien.² Beide Studien machen deutlich, dass rassistische Denkmuster mitten in der deutschen Gesellschaft liegen und kein Problem des «rechten Randes» sind.

Im Gegenteil greift auch die mediale Berichterstattung auf diese Trennungen zurück und reproduziert stereotype Darstellungen nicht-weißer Deutscher. Ein Blick auf reißerische Nachrichtenschlagzeilen und Diskussionsrunden in Polit-Talkshows zum Thema Islam macht deutlich, dass Gewalt, Terrorismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus überwiegend das Bild muslimisch-markierter Menschen in Deutschland bestimmen.

¹ Bertelsmann-Stiftung (2015): Religionsmonitor. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick: http://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf.

² Foroutan, Naika/Canan, Coşkun/Arnold, Sina/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina (2014): Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse, Berlin. <https://junited.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-1>

Das Top-Thema der muslimischen Bedrohung verdrängt Geschichten von Selbstbestimmung, Frieden, Anteilhabe und der Lebensrealität jener Menschen, die von verzerrter Mediendarstellung und Diskriminierung im Alltag betroffen sind.

Negativschlagzeilen und ein defizitorientierter Diskurs über «die Anderen» spielen PEGIDA in die Hände und liefern Zündstoff für eine Hetze, die auch über Deutschland hinaus für Aufsehen sorgt. Zum 28. Februar 2015 plant der britische Ableger PEGIDA UK einen Marsch gegen die Islamisierung in Newcastle. Auf ihrer Facebook-Seite listet die Bewegung einen 19-Punkte-Plan auf, der u.a. für den Schutz der christlich-jüdischen Kultur des Westens einsteht. Diese sei durch die Gefahr muslimischer Parallelgesellschaften und die ihnen zugrundeliegende Ideologie der Gewalt gefährdet. Damit teilt sie den grundlegenden Tenor von PEGIDA in Deutschland, der jedoch nicht unwidersprochen bleibt.

Weite Teile der Zivilgesellschaft organisieren Gegendemonstrationen und Solidaritätsbekundungen für Flüchtlinge und mobilisieren sich gegen Rassismus und Hetze. Im Hinblick auf steigende Angriffszahlen auf Unterkünfte von Asylbewerber_innen – 150 Angriffe im Jahr 2014 – sind das wichtige Zeichen. PEGIDA hat gewaltbereite Gruppen inmitten der rassistisch aufgeheizten Stimmung motiviert

und Rechtfertigungsgründe für Gewalt und Diskriminierung geliefert.

In Anbetracht rechtspopulistischer Aufmärsche und wachsender Feindseligkeiten ist es umso wichtiger, Ängste und Sorgen jener Menschen ernst zu nehmen, die von Hetze, Diskriminierung und Rassismus betroffen sind, und deren Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft verneint wird. PEGIDA als ein neues Phänomen des rechten Randes zu bezeichnen, greift deshalb zu kurz.

Rassistische Ressentiments bleiben auch über die Bewegung hinaus bestehen. Die breite mediale und politische Kritik an der PEGIDA-Bewegung und die gleichzeitig anhaltende Präsenz rassistischer Diskurse zeigen den grundlegenden gesellschaftlichen Widerspruch zwischen «Toleranz» und «Ablehnung». Deshalb bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rassismus und neuen Leitbildern in der postmigrantischen Gesellschaft.

Ozan Keskinliç ist Mitarbeiter im Forschungsprojekt [«Erinnerungsorte. Vergessene und Verwobene Geschichten»](#) an der Alice-Salomon-Hochschule und forscht zu Kolonialismus und Rassismus im historischen Kontext.

Meinungsfreiheit für PEGIDA? Verständnis für die Sorgen und Ängste von Rassist_innen und Nazis?

Cafer Kocadağ

Die einen haben Verständnis für die Ängste und Sorgen des in Dresden marschierenden «Volkes». Kanzlerin Merkel warnte die Bürger_innen davor, mit PEGIDA zu laufen, andere CDU-Politiker_innen haben Verständnis für die Sorgen des «deutschen» Volkes, das in Dresden und anderswo allwöchentlich gegen die Islamisierung des christlich-«jüdischen» Abendlandes marschiert.

SPD-Generalsekretärin Fahimi wird als vermeintliche Ausländerin mit Hassmails und Todesdrohungen überschüttet, SPD-Chef Gabriel beschneit PEGIDA: «Es gibt ein demokratisches Recht darauf, rechts zu sein oder deutschnational. Sogar ein Recht, Dummheiten zu verbreiten wie die angebliche Islamisierung Deutschlands – solange man nicht gegen die Verfassung oder Gesetze verstößt» (*Stern*, 5.2.2015). Der MDR und die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen werben für Verständnis und Dialog und bieten eine Bühne für PEGIDA, während Sachsens Ministerpräsident Tillich ins selbe Horn bläst und kurzerhand erklärt: «Der Islam gehört nicht zu Sachsen.»

Während nach der PEGIDA-Demonstration am 12.01.2015 der Geflüchtete Khaled Idris Bahray blutüberströmt mit mehreren Messerstichen tot aufgefunden wird, sieht die Polizei kein Anzeichen von Fremdeinwirkung. Schnell wird die Abwehrroutine von Polizei und Politik abgefahren, die wir bei den NSU-Morden, dem Keupstraßen-Anschlag und der Ermordung von Oury Jalloh gesehen haben: keine Fremdeinwirkung, kein rassistischer Hintergrund, keine Verbindung zum Marsch «Wir sind das Volk».

Stattdessen werden die Mitbewohner beschuldigt – ein krimineller Hintergrund womöglich? Seit dem Marsch des «deutschen Volkes» steigt die Zahl der Angriffe, Drohungen, Brandanschläge auf Flüchtlinge und Wohnheime. Die Demonstrationen erinnern an Pogrommärsche. Statt die Flüchtlinge zu schützen, werden Rassist_innen und Nazis von der Polizei geschützt, Antifaschist_innen verprügelt, angeklagt und verurteilt.

Meinungsfreiheit für PEGIDA?

PEGIDA genießt volle Meinungsfreiheit. Alle Kanäle berichten über sie. Meinungsforschungsinstitute sind jede Woche in Dresden, um das Phänomen zu verstehen. Die Bombenopferstadt bietet Räume für Bürger_innen, um über die Islamisierung des Abendlandes zu quatschen. Der parlamentarische Arm von PEGIDA, die AfD, sitzt bereits in Parlamenten und transportiert den rassistischen Dreck ganz legal in die bundesdeutschen Haushalte.

Ganz offensichtlich ist die Meinungsfreiheit in diesem Land eingeschränkt, nämlich für Flüchtlinge, People of Color, Menschen mit Migrationshintergrund, für LSBTQ-Menschen und für Anti-Rassist_innen und Anti-Faschist_innen. Für deren Ängste und Sorgen ließ sich bisher die politische Spitze in Dresden nicht blicken. Dass manche Menschen aus Angst um ihr Leben Dresden verlassen, dass viele andere mit dem Gedanken spielen wegzuziehen, hat bisher die Spitzen aus CDU-CSU bis zur Linken nicht viel interessiert. Niemand hat die Freund_innen und andere Flüchtlinge in Dresden besucht, mit denen der ermordete Flüchtling Khaled Idris zusammengelebt hat und die Tat als rassistischen Anschlag verurteilt.

Offensichtlich darf ein Teil der Gesellschaft Hetze und Hass gegen einen anderen Teil offen verbreiten. Hassmails und Todesdrohungen werden nicht verfolgt und geahndet, im besten Fall wegen geringfügigkeit eingestellt. Oft sind doch Todesdrohungen nur der Schritt vor der Tat. Khaled Idris und die Flüchtlinge im Dresdener Wohnblock haben ständig Todesdrohungen mit dem Handzeichen «Wir schneiden euch die Kehle durch» bekommen. Der Wohnblock ist mit Hakenkreuzen beschmiert. Rassistische und antisemitische Schmierereien finden sich oft vor Brandanschlägen an Moscheen, Synagogen, Flüchtlingsunterkünften. Der Meinungsfreiheit für Nazis und Rassisten folgen in der Regel auch Taten. Wer hier keinen Zusammenhang sieht, verharmlost die Bedeutung von Worten und Gesten. Wer «Ausländer raus» und «Islam raus» ruft, bedroht einen Teil der Einwohner_innen die-

ses Landes. Der nächste Schritt ist, wenn es der Staat nicht tut, selbst dafür zu sorgen, dass «Ausländer» gehen.

Das Bürgertum marschiert Hand in Hand, Schulter an Schulter mit den Nazis! Das ist das Novum in der jüngsten politischen Entwicklung in Deutschland.

In der politischen Auseinandersetzung und medialen Darstellung wird der Islam in der Regel als frauenfeindlich (eine Legitimation für den Afghanistanfeldzug), demokratiefeindlich und menschenfeindlich (Terror des IS) beschrieben. Je nachdem, was von diesen Erscheinungen zur Durchsetzung politischer Maßnahmen als sinnvoll erachtet wird, wird die Propaganda darauf fokussiert. Aber immer wird ein antiislamischer Grundkonsens aufrechterhalten. Mal sind es «Ehrenmorde», die wochenlang in der Boulevardpresse warmgehalten werden, mal sind es kriminelle arabische-kurdische Großfamilien, die deutsche Gesetze brechen. Mal sind es Parallelgesellschaften, die ihren eigenen Gerichten folgen, und oft müssen Salafisten, deren Zahl vom VS innerhalb weniger Wochen auf 5.000 hochkatalpultiert wurde, und Terroranschläge von Islamisten herhalten, die unsere Meinungsfreiheit und die «christlich-jüdische Zivilisation» bedrohen.

PEGIDA ist das Produkt dieser jahrelang betriebenen Hetze, angereichert mit jahrzehntelanger gegen vornehmlich arabisch-türkisch-kurdische Einwanderung betriebenen Ressentiments und Vorurteile. Ist SPD-Sarrazins millionenfach verkauftes Pamphlet «Deutschland schafft sich ab» nicht das auf unsere Zeit zugeschnittene «Mein Kampf»? Nur dass er «Juden» durch «Türken» ersetzt hat. Den kopftuchmädchenproduzierenden Türk_innen bescheinigt Dr. Sarrazin minderwertige Gene. Das schockierende an der Geschichte ist, dass Millionen Deutsche genau dieses Narrativ hören wollten. Sie wollten bestätigt haben, dass sie Herrenmenschen sind – und Türk_innen Abschaum.

PEGIDA und IS sind zwei Seiten derselben Medaille. Beide vertreten faschistisches Gedankengut. IS sieht im Islam die Erlösung, PEGIDA in christlich verkürter Deutschtümelei. Beide lehnen Vielfalt und Minderheiten ab, beide sind erklärte Feind_innen von Gender Mainstreaming. PEGIDA Anhänger_innen jagen Flüchtlinge und andere Migrant_innen, der IS jagt Jesid_innen, Christ_innen und Shiit_innen. PEGIDA ist der Nazi im Schafspelz, ist eine von langer Hand organisierte und gut

durchdachte Strategie, um faschistische Anschauungen unter Volk zu bringen. PEGIDA ist die Synthese von prügelnenden Nazis mit dem Bürgertum auf der Straße.

Jegliche Scham vor der Nazivergangenheit wird einfach abgelegt, die bürgerliche Mitte läuft Arm in Arm, Schulter an Schulter mit Kriminellen, Schlägern und Mördern zusammen auf der Straße. Das ist das Novum in Deutschland. PEGIDA brüllt Antiislam, meint aber «Ausländer raus» und «Deutschland den Deutschen». Kein Aufschrei bei Medien und Politik, als Khaled Idris ermordet wird und Flüchtlingsheime und Moscheen brennen. Sind das die Vorboten einer neuen deutschnationalen-nazistischen Stimmung und Entwicklung im Land? Hunderttausende Gegendemonstrant_innen geben Hoffnung, dass Deutschland bunt und offen bleibt.

Gehört der Islam zu Deutschland? Ist das «christlich-jüdische» Abendland gefährdet, überrollt der Islam die westliche Zivilisation? Wie stehen wir zur Religionsfreiheit?

Früher hießen Migrant_innen «Gastarbeiter_innen», «Türk_innen», «Afrikaner_innen», «Griechen», dann wurden sie zu «Migrant_innen», «Migrant_innen mit -Hintergrund», «Schwarze Deutsche», heute kursieren wahlweise Begriffe wie «Deutschtürken». Heute wird im Mainstream von «den Muslimen» gesprochen, bei Bedarf sind es gar 4–5 Millionen, dazu kommen «Salafisten» und «Dschihadisten». Umfragen zu «Muslimen und Demokratieverständnis» finden statt, Umfragen zu Frauen- und Homosexuellenfeindschaft unter muslimischen Schüler_innen finden statt. Das Attribut tritt in den Vordergrund, alles andere in den Hintergrund. Ignoriert wird, dass der Durchschnittsmuslim sich genauso wie der Durchschnittsdeutsche verhält. Wichtig ist an erster Stelle Arbeit und ein gutes Einkommen, Autos wie es sich beim braven Deutschen gehört, dann kommt die Familie, eine schicke Wohnung oder ein Haus, Reisen etc. Aber nein, hochwissenschaftlich will man nachweisen, dass der Muslim vom anderen Schlag ist als der Deutsche. Für den Muslim käme zuerst Allah und sein Glaube und dann lange nichts.

Die Gefahr für die Demokratie geht nicht so sehr vom rechten Rand aus oder von Islamisten, sondern von der bürgerlichen Mitte!

In der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft findet seit Jahren eine Verschiebung von demokratischen

Grundsätzen hin zu rassistisch-antisemitischen und nazistischen Ressentiments und Vorurteilen statt. Umfragen bestätigen das zur Genüge. Der Großteil der PEGIDA-Demonstrant_innen gehören zum Durchschnitt der Deutschen. Vom Arbeiter bis zur Unternehmerin, vom Kriminellen bis hin zur Polizistin. Muslimische Gemeinden und Menschen muslimischen Glaubens werden aufgefordert, den Terror im Namen des Islam zu verurteilen und sich abzugrenzen.

Alle Muslime werden in Sippenhaft genommen und quasi zu Helfershelfern des Terrors abgestempelt, die sich zu jeder Zeit an jedem Ort vom Terror distanzieren müssen. In Sachsen leben 2% Menschen, die als muslimisch gerechnet werden, und trotzdem gehen 20.000 «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» gegen sie auf die Straße. Es wird mit zweierlei Maß gemessen. Tagelang wird in der Springer-Presse, aber auch in anderen Medien eine Hetz- und Hasskampagne gegen einen Imam in Berlin losgetreten. In voraussehlendem Gehorsam wird Strafanzeige gestellt. Sein Vergehen: Er hatte vor der Gemeinde gepredigt, Frauen dürfen sich Ehemännern nicht verweigern. Wie viel sexistisch-reaktionären Schwachsinn verbreiten andere Religionen – und werden dafür nicht angeklagt? Predigt nicht die Katholische Kirche Enthaltsamkeit vor der Ehe, werden Katholik_innen nicht von der Gemeinde ausgeschlossen, wenn sie sich scheiden lassen oder unehelich zusammenleben? Wurde nicht vor kurzem in Deutschland vom «hohen Gericht» der Kirche Recht zugesprochen, als sie einen Arzt kündigte, weil er ein zweites Mal heiraten wollte? Kann sich in diesem Land jemand an die Hetz- und Hasskampagnen gegen Lehrer_innen, Pfarrer_innen, Priester, Bischöfe erinnern, die unzähligen Kindern Gewalt angetan haben? Hier wird ganz eindeutig mit zweierlei Maß gemessen! Hier das zivilisierte Christentum, dort der reaktionäre Islam. In Bremen hetzt ein evangelikaler Pastor unter Berufung auf die Bibel gegen andere Glaubensrichtungen. Die Leitung der Bremischen Evangelischen Kirche entschuldigt sich zwar für die Beleidigungen, meint aber auch, dass sie wegen der Glaubensfreiheit in den einzelnen Gemeinden kein «Lehrzuchtverfahren» gegen den Pastor einleiten könne (*Tagesspiegel*, 5.2.2015). Springers Presse startet keine Hetzkampagne gegen den Pastor. – Warum nicht?

Menschen, die offen eine Politik der Ausgrenzung betreiben, stehen nicht auf dem demokratischen

Grundkonsens, nicht auf der Werteordnung des Grundgesetzes. Die Religionsfreiheit wird in Frage gestellt bzw. exklusiv nur für das Christentum anerkannt.

Der Westen erklärt den Islam zum Hauptfeind. – Der Westen führt den Kampf der Kulturen!

Samuel Huntington hatte bereits 1996 dem «Kampf der Kulturen» zwischen der westlichen Kultur und dem Islam eine ausführliche Begründung geliefert. Die westliche Politik hat seit den 1990er Jahren den Islam Stück für Stück zum Hauptfeind ausgebaut und damit die Kriege gegen Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung begründet. Im Kampf um die Beherrschung der muslimisch geprägten Länder bediente sich der Westen vorwiegend anti-islamischer Vorurteile und Ressentiments. Einige Höhepunkte des Anti-Islam Kampfes des Westens:

- 2001 Krieg gegen Afghanistan und Teile von Pakistan;
- 2001–2006 Mordserie NSU;
- 2003 Krieg gegen den Irak;
- 2004 NSU-Bombenanschlag auf die Keupstraße;
- 2011 Ermordung von 77 Teilnehmenden eines Jugendcamps der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens durch den Nazi Andres Breivik («Überfremdung», Islamhass);
- 2011 Krieg gegen Libyen;
- 2013 Krieg gegen Mali;
- seit den 1990ern Bedrohung des Iran, Destabilisierung von Somalia, Sudan, Jemen, Syrien;
- seit den 1990ern Erstarken faschistischer und neonazistischer Parteien in Europa, Zunahme von Angriffen auf PoC, Flüchtlinge und Anschläge auf Häuser, Flüchtlingsheime, Geschäfte;

«Der Kampf der Kulturen» ist nur angesichts der geopolitischen Konflikte um Märkte, Einflussgebiete und die Beherrschung anderer Länder durch die Großmächte zu verstehen. Der Widerstand dagegen wird heute hauptsächlich von Gruppen geführt, die den Islam als Mobilisierungsinstrument einsetzen.

Cafer Kodacağ ist Mitarbeiter im Projekt «bridge» des Migrationsrates Berlin-Brandenburg.

«...weil ihre Kultur so ist» – Narrative des antimuslimischen Rassismus

Wer hat sich in den vergangenen Tagen und Wochen keine Gedanken über «Pegida» gemacht? Woher kommt auf einmal diese Masse an unzufriedenen Gestalten? Yasemin Shoomans im November 2014 erschienenes Buch befasst sich nicht direkt mit «Pegida», bietet aber Ansätzen für eine Antwort auf diese Frage.

Rezension von Jihan Jasmin Dean

Denn es enthält ein Kapitel zu islamfeindlichen Webseiten, die teilweise schon seit zehn Jahren existieren – im Internet als einer Art «zweite Öffentlichkeit», wo sie kaum einer Sanktionierung unterliegen. Auf Seiten wie «Politically Incorrect» verbinden sich allgemeine Tendenzen zur Abwertung von Muslimen mit Verschwörungstheorien. Die Angst vor einer angeblich drohenden «Islamisierung Europas» gehört zu dieser «ideologisch geschlossenen Islamfeindlichkeit». Doch auch von der deutschen PRO-Bewegung und von rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa wird diese These schon seit längerem vertreten. «Pegida» steht also nicht isoliert für sich – das zeigt dieses Buch.

Die Dissertationsschrift, mit der Shooman an der TU Berlin promoviert wurde, beginnt mit einer Einführung zum diskursanalytischen Forschungsansatz und zur Theorie und Geschichte des antimuslimischen Rassismus. Die drei Hauptkapitel befassen sich jeweils mit verschiedenen Diskursebenen. Als Quellen für die Analyse des öffentlichen Diskurses verwendet die Autorin auflagenstarke Sachbücher, Zeitungsartikel aus «seriösen Printmedien» sowie Bildquellen, darunter Cover der Magazine *Der Spiegel* und *Stern* (Kap. 3 und 4.1). Der Teil zu neuen Medien basiert auf einer Auswertung islamfeindlicher Webseiten (Kap. 4.2 und 4.3). In Kap. 5 erfolgt eine Analyse des nicht-öffentlichen Diskurses anhand von Zuschriften an zwei muslimische Verbände und die Türkische Gemeinde in Deutschland.

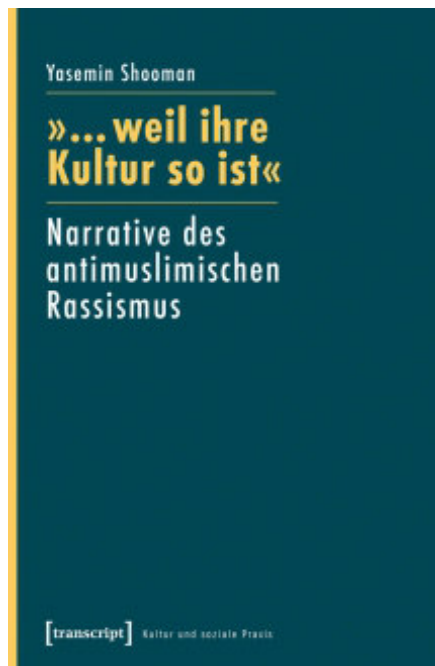
Die Veröffentlichung ist in einer verständlichen und gut lesbaren Sprache gehalten. Vorgewarnt seien jedoch alle, die antimuslimischen Inhalten bewusst aus dem Weg gehen. Die Lektüre ist streckenweise nicht angenehm, da die Autorin schonungslos zitiert und ihre Internetquellen mit Screenshots der

entsprechenden Webseiten belegt. Die Beispiele sind jedoch

gut in die Analyse eingebunden und darüber hinaus notwendig, um die Argumentation nachvollziehbar zu machen.

Zu Shoomans Hauptthesen gehört, dass antimuslimische Narrative nicht erst nach 9/11 auftauchten, sondern bereits eine lange Geschichte in Europa haben. In ihrer historischen Einordnung (Kap. 2.1.) zeigt sie, wie weit diese zurückreichen: Im Mittelalter und der frühen Neuzeit wurden Muslime zunächst als äußere Feinde, als starke militärische Gegner und Rivalen wahrgenommen. Erst mit dem Orientalismus, der eng mit kolonialem Überlegenheitsdenken verknüpft war, entwickelte sich das ambivalente Bild des kulturell rückständigen und unterlegenen «Orient» als Ort der Sehnsucht und der Bedrohung zugleich. Shooman betont, dass sich zwar keine gerade Kontinuitätslinie zum aktuellen antimuslimischen Rassismus ziehen lässt, dieser aber durch einen Rückgriff auf historische Topoi gekennzeichnet ist. So kann z.B. der Topos der «Islamisierung Europas» als Widerhall der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Angst vor der Ausbreitung des Islams in Europa gelesen werden.

Was ist also das Charakteristische des antimuslimischen Rassismus? Mit Bezug auf Levent Tezcan (2012) stellt die Autorin in Kap. 2.2 fest, dass in Deutschland ab Anfang der 1980er Jahre Differenz verstärkt anhand von Kultur erfasst wurde: Die vormals kollektiv als «Südländer» wahrgenommenen Gastarbeiter_innen wurden nun in «kulturnah» und «kulturferne Ausländer» eingeteilt. Shooman zeigt übereinstimmend mit dem Stand der



Rassismusforschung auf, wie das Konzept der in sich geschlossenen «Kulturkreise» die frühere Vorstellung von «Rassen» teilweise ersetzt hat. Das Spezifische des aktuellen antimuslimischen Rassismus sei der neue Fokus auf Religion, die genauso deterministisch eingesetzt werde wie Kultur. Dies geschehe etwa, indem der Aneignungsprozess religiöser Quellen geleugnet, der Koran selektiv zitiert und daraus das Verhalten aller Muslime abgeleitet werde. Auch die Selbstverortung des Individuums – seine anderen Gruppenzugehörigkeiten und sein individuelles Glaubensbekenntnis – werde ignoriert. Muslimisch-Sein werde aufgrund der Herkunft, des Namens oder des äußeren Erscheinungsbildes von außen zugeschrieben.

Shooman nennt dies «Amalgamierung von kulturell-religiösen und somatischen Faktoren» und kommt zu dem Ergebnis, dass man es mit einer Rassifizierung kultureller und religiöser Zugehörigkeit zu tun habe. In den folgenden Kapiteln belegt sie dies auch empirisch. So stellt sie auf allen von ihr untersuchten Diskursebenen eine Gleichsetzung von «Muslimen» mit «Türken» bzw. «Arabern» und «Migranten» fest. Sogar säkulare türkische Verbände werden als «muslimisch» wahrgenommen und bezeichnet, wie die Autorin anhand des Diskurses über die Deutsche Islamkonferenz (DIK) zeigt.

Shooman weist an einzelnen Punkten auf Parallelen zu anderen Rassismen hin und legt ihrer Studie ein intersektionales Verständnis zugrunde. In Bezug auf das Thema Klasse ist ihre These interessant, dass der antimuslimische Rassismus auch darauf abzielt, Muslime vom Zugang zu materiellen und symbolischen Ressourcen auszuschließen, und sich folglich gerade dann artikuliert, wenn Muslime aus der Position der Ausgeschlossenen heraustreten und zunehmend gesellschaftlich partizipieren, z.B. repräsentative Moscheen bauen. Auch Geschlechterbilder spielen eine zentrale Rolle in antimuslimischen Diskursen, weshalb Shooman ihnen ein eigenes Kapitel widmet (Kap. 3).

Die Kritik Mehrheitsangehöriger an der Unterdrückung von Frauen und Homosexuellen bei Muslimen habe mit dem Bedürfnis zu tun, den Sexismus in der eigenen Gesellschaft zu dethematisieren und sich selbst als bereits emanzipiert bzw. aufgeklärt darzustellen. Shooman befasst sich hier vor allem mit der Frage, wer sprechen darf bzw. wessen Stimmen im öffentlichen Diskurs Gehör finden. Vor

allem stellt sie die Rolle sogenannter «Kronzeuginnen» heraus, die in der Tradition «islambezogener Opfer-Literatur» à la Betty Mahmoody stehen. «Säkulare Musliminnen» wie z.B. Necla Kelek, die öffentlich als Unterstützerin von Thilo Sarrazin auftrat, bestätigen die hegemoniale Sichtweise. Sie werden als Referenz und Quelle «authentischer Informationen» herangezogen und erfüllen damit die Funktion, antimuslimische Ressentiments zu legitimieren.

Beim Vergleich der drei Diskursebenen kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass inzwischen ein Set antimuslimischer Topoi existiert, die sich überall wiederfinden lassen. Allerdings kursieren auf islamfeindlichen Webseiten Versatzstücke von Verschwörungstheorien, welche die anderen Diskursebenen teilweise noch nicht erreicht haben. In den von «Hate Speech» geprägten Zuschriften an muslimische Verbände und die Türkische Gemeinde tritt vielmehr ein rassistisch-antimuslimisches Alltagswissen zu Tage.

Der zentrale Topos im Netz einer «schleichenden Islamisierung» durch planvolle Vermehrung und «feindliche Übernahme» gesellschaftlicher Positionen, die durch etablierte Medien gezielt verschleiert werde, findet aber zunehmend auch Eingang in öffentliche und alltagsweltliche Diskurse. Da das Internet gleichzeitig als Infrastruktur dient und Organisationsprozesse über die virtuelle Welt hinaus erleichtert, muss meines Erachtens gerade eine Bewegung wie «Pegida» als Austauschraum zwischen den Weblogs im Internet und dem Alltagswissen der Leute betrachtet werden.

Für das Verständnis von Prozessen wie diesen kann das Buch von Yasemin Shooman einen wichtigen Beitrag leisten. Die sehr differenziert und vielseitig ausgefallene Veröffentlichung sei allen ans Herz gelegt, die eine kompakte, aber trotzdem nicht oberflächliche Einführung ins Thema suchen.

Jihan Jasmin Dean promoviert am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin in Neuerer Geschichte und am Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies. Thema der Dissertation sind Selbstpositionierungsprozesse verschiedener rassistifizierter Communities in Deutschland seit 1989. Die Rezension erschien zuerst am 6. Februar 2015 im Fachmagazin für Migration und Integration «[Migazin](#)».

PEGIDA – Zeichen des Untergangs des Abendlandes

Holger Förster

Vor gut 100 Jahren begann der Kulturphilosoph Oswald Spengler mit dem gewagten Projekt «Der Untergang des Abendlandes», einer Prognostik politischer Entwicklungen auf der Basis historisch-analytischer Studien des Werdegangs von Kulturen. Ohne in einen Fachdisput über die von Spengler aufgestellten waghalsigen und z.T. sozialdarwinistischen Thesen zu rutschen, möchte ich sein Modell der Entwicklung von Hochkulturen vorstellen: Jede Kultur entwickelt sich quasi wie ein Organismus. Er wächst als Fötus im Schoß einer anderen Kultur, der schließlich mit einem Grundmythos das Licht der Welt als eigenständige Kultur erblickt. Sie durchlebt ihre Kindheit, pubertiert und erlebt schließlich die Zeit der schönen Blüte, die schon die Zeichen des Verfalls in sich trägt. Jede Kultur stirbt, Spengler zufolge, zwangsläufig auch aus sich selbst heraus, nicht wegen äußerer Einflüsse. Das Sterben einer Kultur nennt Spengler die «Phase der Zivilisation». Sie ist u.a. geprägt von Imperialismus, Kriegen sowie Zusammenbruch von Moral, Kunst und Religion, verbunden mit einer ausgeprägten Unterhaltungsindustrie.

Soweit Spengler – überraschend aktuell. Interessant ist, dass scheinbar gerade in dieser Zeit, Werten – insbesondere religiösen – eine ganz besondere Bedeutung beigemessen wird. Wer die Diskurse in unseren Medien oder auch politische Debatten aufmerksam verfolgt, staunt, wie oft da unhinterfragt Gebilde, wie die «westliche Wertegemeinschaft», die «christlich-jüdische Leitkultur», oder kurz «Europa» bzw. «der Westen» usw. bemüht werden.

Es wundert ebenso wenig, dass bei diesem Trend zur Vereinfachung auch die Widersacher «unseres» Wertekanons von den Medien und Politikern leicht und leichtfertig identifiziert werden: Es ist der Islam. Seit dem 11.9.2001 tritt dieser Wertefeind des Westens fundamental und terroristisch, ja geradezu nihilistisch gegen «uns» auf.

Er ist alles das nicht, was wir vorgeben zu sein: freiheitsliebend, demokratiestrebend, tolerant, respektvoll. Während wir für das Leben und den Fortschritt stehen, steht er für Terror, Tod und Krieg. Während wir offen, bunt, laut, vielfältig da-

herkommen, erscheint dieser Feind verschleiert, hinter dichten Bärten und schwarz gekleidet.

Bis hierher bewegen wir uns in einer von Medien und Politikern gleichermaßen erzählten Geschichte, die sich anhört wie ein Märchen von Gut und Böse. Es genügt, diverse SPIEGEL-Titelbilder und markige Sprüche unserer Regierenden zur Kenntnis zu nehmen. Beide Welten stehen scheinbar einander unversöhnlich gegenüber wie in Tolkiens «Herr der Ringe». Das schön erzählte Sinn-Bild von der Einheitlichkeit beider Lager erhält jedoch seine Zwischentöne und Fehlstellen, schauen wir uns die Wirklichkeit an.

Erinnern wir uns beispielsweise an die für Toleranz und Freiheit in einer Pariser Seitenstraße demonstrierenden Regierungs-«Charlies», die uns dann von den Leitmedien an die Spitze der großen Kundgebung anlässlich des Terroranschlags auf Charlie Hebdo gebastelt werden. Ist diese Werte-Einheit der Europäer vielleicht konstruiert, wie dieses Bild der Arm in Arm an der Spitze des Volkes für Freiheit demonstrierenden Mächtigen?

Wohin sind auf der anderen Seite die Bilder von einander die Hände schüttelnden US-Präsidenten und Außenpolitikerinnen mit dem Repräsentanten des Bösen Osama bin Laden verschwunden? Wer hat vor drei Jahren den IS und andere fundamental-islamische Bewegungen in Syrien und Libyen kreiert und von Beginn direkt und indirekt unterstützt, um die Systeme in den beiden Ländern zu stürzen? Wer hat den Irak zu einem «Failed State» gemacht? Wieso kann in einer demokratischen Grundsätzen folgenden, von der Erfahrung des Nazismus und des Holocausts wesentlich geprägten Gesellschaft der NSU über ein Jahrzehnt hinweg morden? Selbst nachdem sich das nicht mehr verheimlichen und verdrängen lässt, schaffen die Institutionen dieses demokratischen Landes es nicht, das Übel offenzulegen, geschweige denn ein neues Ausbrechen dieses Übels zu verhindern.

Wieso werden in Deutschland Menschen, die auf der Flucht sind vor dem Terror der IS, offen angefeindet? Wieso überfallen Deutsche die Unterkünfte dieser Menschen? Wo ist der «westlich-bürgerliche» Grundwert der Solidarität (Fraternité)

mit diesen Menschen geblieben? Wo finden wir die Anerkennung der kulturellen, ethnischen, religiösen, sexuellen, politischen Vielfalt in unserem Land, die konsequent wäre, folgte diese Gesellschaft eben jenen Leitwerten der (westlichen) bürgerlichen Revolution: Freiheit-Gleichheit-Solidarität?

Seit Jahrzehnten haben Menschen, deren familiäre Wurzeln in anderen Ländern stecken, dieses Land mitgestaltet und mit aufgebaut. Ihre Kinder und Enkel haben hier ihre Wurzeln, sind praktisch Teil unseres Wir. Warum finden sie als solche keine Anerkennung und keinen Respekt?

PEGIDA – «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» – jedes einzelne dieser fundamentale Werte implizierenden Worte muss man sich durch den Kopf gehen lassen. Diese Bewegung erhält Zulauf von tausenden Menschen in Städten wie Dresden und Leipzig, in denen der Anteil an Asylsuchenden und Muslimen verschwindend gering ist. In der Masse werden nationalistische Symbole mit rassistischen Sprüchen, den SPIEGEL-Leitsprüchen der letzten Jahre und scheinbar einfachen Wünschen nach Ruhe und Ordnung zu einer gefährlichen Mixtur verwoben. Die PEGIDA-Bewegung bedient sich dabei der gleichen Schlagworte, die jahrelang von Medien und Politikern wie eine Monstranz herumgetragen

wurden. Es ist scheinheilig, wenn diese sich jetzt einerseits von PEGIDA abgrenzen wollen – und andererseits in ihrem Drang nach Macht qua Wahlstimmen diesem Straßenmob «aufs Maul schauen» wollen. Zu all dem schrillt die Unterhaltungsindustrie lauter denn je. Und es wird längst wieder Krieg geführt. Zu keiner Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht.

Hinter der scheinheiligen potemkinschen Wertefassade zeigt sich das eigentliche Geschehen – (macht-) politische, interessengeleitete Kalküle produzieren auf der einen Seite ideologische Kunstgebäude ohne substanzielles ethisches Fundament (weder religiös noch humanistisch). Andererseits scheint immer wieder in der Praxis die Wahrheit durch, z.B. wenn Folter zum Schutz von nationalen Interessen legitimiert wird.

Wie es aussieht, stecken wir tatsächlich weit in der von Spengler prognostizierten «Zivilisationsphase» des Abendlandes.

Holger Förster (Dipl.-Phil 1989 an der Karl-Marx-Universität Leipzig) ist seit 1995 im Verband für interkulturelle Arbeit Berlin-Brandenburg ([VIA](#)) aktiv.

BABAAAAAAMMM!!! PEGIDA

Statement des JugendTheaterBüros Berlin zu PEGIDA

Guten Abend, liebe Damen und Herren und alle, die sich anders definieren.

Wir sind vom JugendTheaterBüro Berlin, in Moabit und wollen einige Worte zur PEGIDA, BÄRGIDA und alle anderen rechten Vollidioten sagen.

Ein paar Worte zu uns: Wir sind auf dem Weg ein von Jugendlichen und Erwachsenen aufgebauter und geleiteter Theaterbetrieb zu werden. Wir setzen uns mit verschiedenen Themen der Diskriminierung, der Unterdrückung und verschiedenen

Formen des Widerstandes auseinander. Wir nutzen Theater als Sprachrohr um die Perspektiven marginalisierter Menschen zu beleuchten. Nun folgt unser Statement:

Der rasante Anstieg der «Demonstranten» auf den Versammlungen und die Vermehrung der «GIDA»-Bewegungen zeigt, dass Rassismus, insbesondere antimuslimischer Rassismus, kein neues Phänomen in Deutschland ist. Rassismus ist hier Alltag. Die Gedanken und Meinungen über Geflüchtete und

die Dämonisierung des Islams sind die Früchte jahrelanger Medien- und Presse-Arbeit, von Presseagenturen wie dem Axel-Springer-Verlag. Nachdem nun aber «Besorgte Bürger» die von Medien geschaffenen Feindbilder aufgreifen und meinen, sich dagegen wehren zu müssen, ihr Land vor dem «gefährlichen Islam» und die «Überrennung» durch Flüchtlinge zu schützen, haben Medienagenturen plötzlich nichts mehr damit zu tun. Dieses heuchlerische Verhalten der Presse verurteilen wir aufs Schärfste, weil hier Fakten verdreht werden.

Der Grund, warum Menschen flüchten? Weil imperialistische Staaten durch die Vertretung ihrer Macht- und Geldinteressen bei ihnen Zuhause so viel Verwüstung und Verzweiflung hervorbringen, dass sie keine andere Wahl haben. Sie dringen in die Länder ein und besetzen sie, bombardieren sie und liefern Waffen an den, der ihre Interessen am besten vertreten kann (so wie den IS).

Die dort regierenden Parteien und Präsidenten sind dabei genauso zu verurteilen, denn dieses kapitalistische System ist ein globales Problem. Den Menschen, die flüchten, bleibt nichts anderes übrig als zu flüchten. Sie wollen überleben! Das ist ihr gutes Recht! Als ob das noch nicht genug wäre, vor dem Tod zu flüchten, werden sie hier auch noch von den Behörden wie Dreck behandelt und von einem Großteil der Gesellschaft verhöhnt. Sogar Folterungen und Morde gibt es. Wie in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar Khaled B. REST IN PEACE

Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes...

Warum sprechen sie überhaupt von einer Islamisierung? Wir leben in einer Gemeinschaft mit christlichen Feiertagen, mit Gesetzen, die der Bibel entstammen, und in einem Land, das von der «Christlich Demokratischen Union» regiert wird. – Wo ist diese Islamisierung?

Sie findet in den Köpfen statt. Durch Bilder die durch Nachrichten und Filme geschürt werden. Sie entstehen, dadurch dass über den Islam nur bestimmte Dinge gezeigt werden. Propaganda! Was sah man die letzten Jahre in Zeitungen wie der *Bild* oder im *Stern*? Was sah und hörte man täglich in

den Nachrichten? Diese Worte: «Salafisten», «Terroristen», «Scharia Polizei». «Al Qaeda», «Boko Haram» und «IS»/«ISIS». Wir wollen die Taten des IS keinesfalls rechtfertigen. Im Gegenteil, wir positionieren uns ganz klar gegen sie. Doch der Islam, den der IS darstellt und wie er in Medien kommuniziert wird, ist ein Konstrukt. Ein konstruiertes Feindbild, das erschaffen wird, um zu rechtfertigen, dass Kriege stattfinden.

Um zu rechtfertigen, dass Deutschland sich schützen muss. Um zu rechtfertigen, dass Europa eine Mauer um sich herum aufbaut. Und um zu rechtfertigen, dass die Staaten, die sich auf

dieser Welt als Protagonisten sehen, einmarschieren dürfen. In der internationalen Politik gibt es offiziell nur einen Grund, weshalb man intervenieren darf, und zwar wenn eine direkte Bedrohung für einen Großteil der Bevölkerung ausgeht. Und wenn es keinen Grund gibt, muss man es so aussehen lassen als gäbe es ihn. Diese Bilder, die erschaffen werden, beeinflussen das Leben, der hier lebenden Muslime und Geflüchteten Tag für Tag. Sei es in Schulen, auf der Straße oder in Ämtern.

Jeden verdammten Montag marschieren Bundesweit tausende Rassist_innen. Was ist aber an den Dienstagen, Mittwochen, Donnerstagen, Freitagen, Samstagen und Sonntagen. Wo sind diese Leute dann? Sie haben vermutlich Jobs, in denen sie Muslimen und Geflüchteten und anderen Menschen das Leben schwer machen. Pegida ist nur der Ausdruck, den sie auf der Straße finden. Der Alltag ist der Ort, wo ihre Gesinnung vor Allem in die Tat umgesetzt wird. Wir sagen:

Setzt euch mit den Themen auseinander! Hinterfragt was ihr hört und bildet euch eure eigene Meinung!

Und ihr ach so «Besorgten» (Nazis) da drüben: Informiert euch mal richtig! Lasst euch nicht die Lügen eurer eigenen Unterdrücker einpflanzen!

Ach ja, und: FUCK PEGIDA, BÄRGIDA und alle anderen GIDAS – und natürlich auch die AFD! FUCK Imperialismus! Weg mit der europäischen Flüchtlingspolitik! FUCK Frontex! Wir wollen keine Mauer um Europa! **KEIN MENSCH IST ILLEGAL! BLEIBE-RECHT ÜBERALL!**



Spoken Word und Lyrik zu PEGIDA und Co.

Wer auch immer Deutschland sein soll – ihr seid es nicht

Es macht keinen Sinn.

Es ist sinnlos, müsste es eigentlich heißen,

ANGLIZISMUS! Rufen die, die sich das Maul über diesen Text zerreißen.

Ja, so gut bin ich der deutschen Sprache mächtig,

zum Frust meiner weißen Mitschüler_innen, ihr Ton war stets verächtlich

und auch wenn es euch nicht in den Kram passt,

auch wenn ihr mich dafür hasst:

Mein Deutsch ist 1A, eurer Eifersucht und Niedertracht zum Trotz,

habe ich euch regelmäßig überragende Leistungen vor die Füße gekotzt.

All das wäre nicht einmal notwendig,

denn trotz Vorzeige-Kanaken-Dasein wiederhole ich es beständig:

Menschen sind nicht als Leistungs-Ressource zu betrachten,

ihr solltet sie gleich welchen Schulabschlusses achten.

Ja, ich weiß, das stört euch ein wenig,

ihr findet das Ganze überheblich.

Auch wenn es niemals reingeht in euren verdammten Verstand:

Ich. gehöre. zu. diesem. Land.

Zugegebenermaßen, es fällt mir auch nicht leicht, das zu sagen, es zu wagen,

aber nicht, weil es entgegen der Tatsachen spricht,

sondern weil Alltagsrassismus mein Leben prägt.

Andernorts haben es die meisten schon kapiert,

deutsch ist auch die, deren Gesicht keine blauen Augen ziert,

blonde Haare sind auch keine Pflicht,

begriffen habt ihr das noch lange nicht.

Keine Ahnung, was ihr mit eurer Möchtegern-Überlegenheit kompensiert,

ich hoffe nur, dass eure Bewegung rasch Anhänger verliert,

ausprobiert habt ihr euch lang genug,

Es gilt schon länger nicht mehr das Gesetz von Boden und Blut,

Wut erfüllt mich, wenn ich sehe, dass das bei euch noch nicht

angekommen ist,

Verstand ist es, was man bei euch kläglich vermisst.

Aber nicht nur bei euch.

Auch bei allen anderen, die euch mittragen,

am liebsten würde ich sie allesamt verklagen.

All diejenigen, die euch mit Raum und Plattformen ausstatten,

Politiker_innen, die euch in Watte packen,

denn: Rassismus ist Rassismus ist Rassismus.

Ganz gleich ob in Nadelstreifenanzug und Krawatte,

ob in Bomberjacke und Glatze,

die Ideologie schreibt sich fort und zeigt sich in ihrer hässlichsten Fratze.

Und wir?

Ja, genau. Ich meine dich, dich und dich.

Lass dich nicht von der alltäglichen Gewalt erdrücken,

sie wollen sich mit toten Seelen schmücken,

also wird es Zeit ihnen etwas entgegen zu setzen,

ohne uns dabei gegenseitig zu verletzen.
Deshalb, ich kann es gar nicht oft betonen:
Kopf hoch, Faust nach oben,
dieses Land
braucht geballten Widerstand

© Azadê Peşmen

Azadê Peşmen schreibt Gedichte und journalistische Texte für unterschiedliche Medien; sie setzt sich mit dekolonialen/postkolonialen Ansätzen auseinander und lebt aus dieser Perspektive Hip Hop. Seit zwei Jahren tritt Azadê mit ihren Kurzgeschichten und ihrer Lyrik auf. Dabei schafft sie in ihren Texten meist auf Deutsch, aber auch auf Kurdisch und Portugiesisch, Raum für Realitäten und Bilder, die in den hegemonialen Diskursen selten Platz finden.

Lass mich Atmen

Lass mich atmen,
Lass mich atmen,
lass mich die Freiheit atmen.

Weht der Wind, schließe ich die Augen, stiehlt sich meine Seele fort, dorthin wo es nach Freiheit riecht, der Wind mir unter die Haut geht, sanft in meine Ohren wispert, die Wälder in mir wurzeln, die Erde in meinem Blut fließt und der Himmel mich eindeckt. Ich will Eins sein, in der Welt und der Gegenwart.

In diesem Winde liegt sie, meine Sehnsucht nach Freiheit. Da gibt es so viel wovon ich frei sein möchte. Ich möchte über alle Dächer fliegen, durch alle Länder mit dem Winde tanzen. Ich bin des Windes Nomadin, viel Proviant bedarf ich nicht. Doch bin ich erschwert, meines Geistes Flügel hängen zu Boden, belastet voller Schmerz und Bürde.

Ich fühle mich zu schwer, viel und mehr,
zu viele Leben, fremd, zerrissen hin und her,
ich bin mehrere, entfernt, uneben, und leer.

Zwischen den Welten, bin ich halb,
halb Hoffnung, halb Angst.
Halb Sieg, halb Niederlage.
Halb hier, halb dort,
halb da, halb fort.

Zu oft eingengt. Diese Enge, in ihr verliere ich immer alle Sicherheit, mein Gefühl für Raum und Zeit. Ich spüre diese Blicke und fühle diese Abneigung. «Du bist nicht erwünscht!», sagt seine Körpersprache. Immer wieder sieht er zu mir rüber, aufdringlich, als würde er mich mit seinem Hass grob anfassen. In meinem Kopf fliegen die Gedanken durcheinander. – «Das ist also Tag Drei auf dem Weg zur Uni und ich habe schon das Vergnügen mit einem Nazi in der ‹braunen› U-Bahn zu fahren. – Wie ungewöhnlich in seinem Bild, eine Schwarze. – Wieso sagt man eigentlich Schwarzfahrer? – Berlin so international, alternativ, tolerant und doch so erbärmlich rechts. – Die Wohnung im Osten, eine gute Idee? – Sollte ich doch öfter ins Box-Training?»

All diese Gedanken, erkalten. So viel Platz in der Bahn und ich fühle mich eingeengt, mein Puls etwas erhöht, aber noch bin ich entspannt. Ich versuche der Unterhaltung zu folgen, aber langsam merkt meine Kommilitonin, dass irgendwas sich verändert hat. Nur sie fühlt nicht was ich fühle, diese Enge. Sie spürt nicht den Hass, der in Luft liegt. Ich bemühe mich unauffällig in unserem Gespräch die passenden Hinweise zu geben. «Ich fühle mich unwohl, ... schräg gegenüber sitzt ein Mann, ... ein Nazi.» Sie sieht mich mit großen Augen an und versucht meine Information unauffällig zu überprüfen. «Ach was, vielleicht ist das nur ein Punk», sagt sie und versucht mich zu besänftigen. – «Aber Punks tragen keine Flaggen auf der Haut, ... sie sehen mich nicht so an» – Was versuche ich ihr das Gefühl zu erklären. Sie ist deutsch und weiß. Eigentlich bräuchte ich keine Angst haben, es sind noch andere Leute in der Bahn, aber ich weiß, das muss nichts heißen. Zivilcourage – eine Seltenheit, die meisten sehen weg. Noch sieht er mich nur an.

Lass mich atmen,
Lass mich atmen,
lass mich die Freiheit atmen.

Hier wehte ein anderer Wind. Wie oft begriff ich, meine Freiheit in diesem Land, sie hatte eine Farbe. Schwarz. Wie fremd ich mich fühlte und wie fremd ich bleibe. Oft verliere ich mich zwischen den Welten, zwischen den Zeiten. Ich verirre mich zwischen den Räumen, zwischen den Sprachen und nicht selten zwischenmenschlich.

Wenn der Wind weht und die Türen zufliegen
Wenn Hassblinde alle wollen mit Gewalt siegen
alle sich anschreien und nicht miteinander reden
keine Menschlichkeit, bei Schmerz voller Fehden

All die Jahre, all die Türen, wir öffnen und schließen sie täglich, begegnen uns auf diesen Gängen und Fluren, wo so viel Raum ist und doch diese Enge, so viele Türen und doch kein Eingang. Dahinter Räume voller Hass, Vorurteile und Vergeltung, wo sich Verbitterung, Trauer und Scheitern abwechseln. Hier wehte ein anderer Wind. Dieser Wind, kalt, entwertend.

Gewiss, im Krieg stehlen sie dir den Frieden, aber hier stehlen sie dir die Freiheit.
Gewiss, im Krieg schießen sie auf dein Leben, aber hier schießen sie auf deine Würde.

© Noah Malin

Kopfschmerz

– Wenn ich manchmal mit dir diskutiere, ist es, als würde ich auf verfaulten Käse beißen und mir gleichzeitig ein vergammeltes Stück Brot in den Mond schieben. Hauptsache Stopfen, bis es verstopft, das blöde Maul, damit aus meinem Mund kein zynisches Gift schießt. Das nervt. Du nervst auch, manchmal – oft und wieder selten, meist vor allem deswegen, weil du in deinem konfusen Sein, deiner komischen Zukunftspolitik nicht zu verstehen bist und ich nicht weiß, was einfach Sache ist, mal etwas schizophran und dann auch wieder

nicht, mal radikal und dann wieder verzerrt liberal, irgendwie ist mir die Transparenz Deiner Paradoxie nicht ganz so klar.

– Aber dann gibt's Tage, an denen niemand mit dir diskutieren muss und du Frieden, Gelassenheit und Hoffnung pupst, bis wir an dem Geruch fast ersticken und grinsend benebelt von lebenden Gefühlen treiben – für dich, für diesen Zustand, würde ich durch Wände gehen, nie mehr stehen, Beton brechen, ausbrechen aus dem Schutt der Lethargie.

Dranbleiben, ja, einfach dranbleiben an dem Wunsch, mit Dir groß zu werden – jeden Tag einen Schritt zu gehen, einen Schritt zum Weiterkommen.

Ich schließe die Augen und fühl mein Herz schlagen, mit jedem Herzschlag zu träumen wagen – es fühlt sich an, als könnten Träume Räume schaffen, Lebensräume, in denen Hoffnung wie Kunst lebt, schwebt und nicht bitter verklebt... Wie ein zerkautes Kaugummi!

Und dann öffne ich die Augen und sehe mich der Realität gestellt und könnte wieder ausrasten. Deine Laster lassen mir graue Haare durchs Tuch wachsen – PEGIDA wächst und es schrumpft dein Entwicklungspotenzial. Ich will ausrastend reden. Ich spreche mit dir, liebste Heimat – meine Heimat, die ich sehr schätz und manchmal abfällig über dich schwätz – weil du mir Grund dafür gibst: Politische Verkrampfung, Rassismus, Sexismus, gelegentlich geistig dekadent, zum Glück nicht immer, aber immer öfter, etwas zu viel des Guten an AfD und manchmal zu wenig an Verstand und Orientierung. Die Grenze zwischen Wahn- und Scharfsinn fließend.

Manchmal hast du einfach bizarre Tendenzen aber gut, Fakt ist, ändern kannst du dich nur, wenn du und ich gemeinsam, auf Augenhöhe im Austausch gegen plakativer Polemik gehen, nicht stehnbleiben und uns im Kreis drehen – auch wenn wir manchmal anders sind, manchmal komische Vorlieben haben, aber letztlich sind du und ich doch alle gleich Mensch, mensch...

Farah Bouamar ist gebürtige Bielefelderin und studiert Germanistik mit dem Schwerpunkt auf Literaturwissenschaft und Philosophie im Zweit-Fach-Bachelor an der Universität Paderborn. Sie ist Vorstandsmitglied beim i-Slam e.V. und Leiterin des Ressorts «Mitgliederbetreuung & Sekretariat». Die koranische Sprache, ihre faszinierende Rhetorik und ausdrucksstarke Sinnkraft sind für sie Impulsgeber beim Schreiben ihrer Gedichte und motivieren sie, die deutsche Sprache in all ihrer Ästhetik gekonnt zu nutzen, um ihre Message, meist von einem leicht ironischen Tenor geprägt, zu übermitteln – Herz und Verstand sollen dabei gleichermaßen angesprochen werden.

© Farah Bouamar

April 10th

Boom Chack Boom Chack
 Boom Chack Boom Chack
 Booooo Clap Ratatatata Boom Clap Ratatatata
 BoomBombs drop Ratatatata
 Brown Bodies lock and pop Ratatatata
 And while over there
 (Read Iraq, Afghanistan, Ghaza to Westbank
 You name it
 For, Changer of Fate, this title you claim it)
 So, while over there you're busy changing lives
 Changing wives to widows
 Changing child to orphan
 Changing healthy to morphine addiction
 Over here with no further friction in your mind, you're busy changing

The Channel

But don't get me wrong
Over here Brown lives are changed, Brown bodies turned to corpses, too
True, not by troops of imperial forces invading balad, home, beit
But by a society that don't give a shit
And this ish is nothing new to handle
For I remember the lines of candles lit in
9-2 through to 9-4
When mama w baba wouldn't let us get outta the door for fear
We might be the next Brown ones to burn and to bleed
And their blood would churn, cause the seed of fear runs deep within
Head Mind penetrates Skin right into heart
Just like the bullets I ratatataed at the start of this piece
And if you don't believe me then listen to this
Easter is supposed to be a time of sacrifice
But again some whiteys over here didn't get that right so on Good Friday
Another Brown man was shot
A mosque desecrated while the barrel's still hot
And most deep in debating whether I'm human or not?!
Fuck that!
But these are just some reflections of a Bedouin Child
On despicable actions based on melanin lies

© *Moona Moon*

Moona Moon ist eine in Berlin lebende Poetess. Krankenschwester und Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin. Kan-aktivistin und Hip Hop-Schülerin/-Wissenschaftlerin. Doktorandin an der FU Berlin. Eine lebenslange Lernerin. Sie liebt Leben, Licht und gute Schatten.

... und Rap zum Frauen*-Kampftag:

Rollenschieß

Die Geschichte hat Spuren in den Köpfen hinterlassen

Die Frau soll am Herd stehen nix anbrennen lassen
Dann kam die Emanzipation mit Coco Chanel
Auf einmal siehst du Frauen in Hosen aus Flanell
Kaum war die Emanzipation wieder geboren
Ging sie für die neue Nation wieder verloren
Hitler kam an die Macht Männer Diktatur
Die Rolle der Frau am Herd wieder nur
Patriarchat abgefickt What the fuck
Plötzlich waren starke Frauen wieder angesagt
Auf einmal war die Trümmer Frau wichtig
Für den Wiederaufbau genau richtig

Ja wir sind Frauen Powerfrauen
Ja Geschäftsfrauen auch Rapperinnen, die drauf hauen
Man erwartet viel von einer Frau
sie soll Kinder gebären und gut ausschaun

Hallo Männer jetzt sind wir dran
Kochen putzen schrubben ist nicht unser Ding man
Wenn mir was nicht passt dann halte ich den Mund
Gefesselt an der Leine wie ein kleiner Schoßhund
In der einen Hand das Kind in der anderen der Lid-schatten
Und den Haushalt muss ich auch noch schaffen
Keiner hat gefragt ob es mir damit gut geht
Ob ich so sein will wie ihr mich seht
Doch lan hör mal zu Bin jetzt am Start mit der JTB-Crew
Kämpfe hart du guckst zu
Hab kein Bock mehr und mache euch platt
Wenn es sein muss kriegst du noch ein upper cut

Ja wir sind Frauen Powerfrauen
Ja Geschäftsfrauen auch Rapperinnen Die drauf hauen
Man erwartet viel von einer Frau
sie soll Kinder gebären und gut ausschaun

Kids müssen lernen sich mit Dingen zu befassen
Die eigentlich nicht in ihre Welt rein passen
Auf das Wort von oben können sie nicht bauen
Ungerechtigkeit Zeichen Männern und Frauen
Ist was sie jeden Tag und überall erleben



Für gerechtes Geld muss eine Frau viel aufgeben
Job oder Family, das ist hier die Frage
Denn beides zusammen geht nicht alle Tage
40 Std. Woche und weniger Lohn
Kümmern um heim Mann Tochter und Sohn
Doppelbelastung gehört zum Alltag einer Frau
Wird beschimpft als Schlampe Bitch und geile Sau
Von den Medien suggeriert von der Masse akzeptiert

Von den Medien suggeriert von der Masse imitiert
Jedes Mädchen soll ne Barbie sein
Dumm klein keine eigene Meinung? Nein!
Wir stehen auf und zeigen Gesicht
Mit der Männer Welt gehen wir hart ins Gericht
Ja wir sind Frauen Powerfrauen
Ja Geschäftsfrauen auch Rapperinnen Die drauf hauen
Man erwartet viel von einer Frau
sie soll Kinder gebären und gut ausschaun

Jetzt kommt das hier und jetzt die Gegenwart.
Frauen an die Macht.
Merkel hat es wohl geschafft. Sie sitzt nun da oben.
Und hinter ihrem Rücken wird gelacht, ganz verlogen
Für mich und meine Freunde hat's kein Unterschied gemacht
Denn die Medien haben es publik gemacht.
Bei gleicher Ausbildung kriegen Männer mehr Gehalt
Und vorzeige Staat für die Emanzipation?
Ja ich sehe Merkel doch wo ist die Gleichberechtigung???

Der Kampf ist noch lange nicht zu Ende
Frauen dieser Welt. Erhebt eure Hände
Für Respekt Anerkennungen und gerechten Lohn.
Für eine positive Zukunftsvision
Doppelbelastung good bye
Wir Frauen haben weder Zeit für unsern Çay
Und die Männer? Ja die helfen uns dabei
Yalla, wir trinken zusammen unsern Çay

© Das JugendTheaterBüro Berlin

Internationaler Frauen*-Tag, 8.März 2015: Frauen* und Migration – wir sind viele!

Statement des MRBB zum Internationalen Frauen*tag

Wir sind ein herkunftsübergreifender Dachverband, der nicht nur für verschiedene Communities und Herkünfte spricht und verschiedene Generationen der Migration, sondern auch für verschiedene Geschlechter.

Wir setzen uns aktiv für eine diskriminierungsärmere Gesellschaft ein und wollen in unseren Organisationsformen die verschiedenen Unterdrückungsformen berücksichtigen und bekämpfen. Daher begreifen wir Benachteiligung und Diskriminierung nicht nur als eine Form der Unterdrückung, die sich gegen rassifizierte und migrantisierte Menschen richtet, sondern als vielfältige Formen, die mit Unterdrückungen wie Sexismus, Homo- und Trans*-Diskriminierung verknüpft sind.

Seit über 100 Jahren wird am 8. März weltweit die Diskriminierung von Frauen*³ thematisiert. Hierbei soll es nicht nur um Gewalt gegen Frauen* gehen, sondern auch um die Einforderung der Gleichstellung der Geschlechter. Daher wollen wir explizit als Migrant_innen den 8. März zum Anlass nehmen, derjenigen zu gedenken, die aufgrund ihrer Femininität, ihrem Frausein oder ihrer gesellschaftlichen Rolle als Frau* Gewalt, Diskriminierung und Ignoranz erfahren. Frauen* sind Ziele von Witzen, Beleidigungen, verbaler und tätlicher Gewalt.

- Wir gedenken am 8. März aller Frauen*, die durch Gewalt ermordet worden sind;
- Wir denken am 8. März an alle Frauen*, die sich außerhalb der heterosexuellen Norm bewegen;
- Wir denken am 8. März an alle, die sich außerhalb maskuliner und patriarchalischer Vorstellungen verorten;
- Wir denken am 8. März an alle, die nach der Geburt nicht als Frau definiert wurden, sich aber als solche positionieren;
- Wir denken am 8. März an alle Frauen*, Trans*- und Inter*-Menschen.

Der 8. März markiert für uns einen Tag, um uns als vielfältige Geschlechter zu feiern und die aktive Inklusion von Frauen* und Vielgeschlechtlichkeit einzufordern.

Am 8. März denken wir an alle Menschen, die ihren Geschlechtseintrag nicht selbst bestimmen konnten.

Und zuletzt wollen wir in diesen Monaten am 8. März die Frauen* von Kobanê und alle anderen Kämpfer_innen, die sich für ein selbstbestimmtes Leben einsetzen, ehren.

³ Wir schreiben Frauen mit Sternchen, weil wir hiermit nicht nur alle diejenigen meinen, die der zweigeschlechtlichen Rollenmodell von Frau entsprechen, sondern auch alle, die biologistischen und gesellschaftlichen Zuschreibungen nicht entsprechen und vielfältige Formen des Frau- und Queerlebens leben.

Frauen*-Solidarität? – Erfahrung aus der Praxis

Iris Rajanayagam

Am 08. ist internationaler Frauen*-Tag. Was aber genau heißt das für uns hier und heute? Wie steht es mit der sogenannten Frauen*-Solidarität – und was wird bei der leichtfertigen Verwendung des Wortes unter den Tisch gekehrt, ignoriert, nicht bedacht? Welche Dominanz- und Machtverhältnisse können dadurch allzu leicht aus dem Blick geraten? Was bedeutet es, in einem deutschen/europäischen Kontext von Feminismus zu sprechen? In welchen konzeptionellen, spezifischen, universalistischen und/oder Identitätsräumen sprechen wir von Feminismus, Rassismus usw.? Was sind das für Räume? Wer wird mitgedacht und wer ausgeschlossen? Was wird vorweggenommen bzw. vorausgesetzt? Wie wird die Vertretung feministischer Perspektiven instrumentalisiert, um Machstrukturen aufrechtzuerhalten, Stereotype, Rassismen und andere Formen von Diskriminierung ständig zu (re-) produzieren?

Diese Überlegungen gelten insbesondere jetzt im Hinblick auf den wieder stark präsenten antimuslimischen Rassismus und die Debatte um einen angeblich ach so frauenfeindlichen Islam.

Dass ein rein *weißer* und heteronormativer Feminismus nicht mehr tragfähig ist, ist inzwischen unstrittig. Trotzdem ist der Weg zur Einbeziehung von «diverseren» Perspektiven kein leichtes Unterfangen. Wie können weiße feministische Räume geöffnet werden, ohne doch wieder Rassismus, andere Formen von Diskriminierung und paternalistische Repräsentationen hervorzubringen? Diese Frage sollte immer wieder gestellt und soweit es geht, Lösungen dafür gefunden werden. Nur so können die globalen Dimensionen von Unterdrückung und Subalternität und der angenommenen Sprachlosigkeit der Subalternen erkennen und wo nötig bekämpfen. Es geht darum, westliche und heteronormative Analysekatoren und Paradigmen in Frage zu stellen und sich anderen Interpretationsmöglichkeiten zu öffnen.

Die *Frauenkreise* sind ein feministisches Projekt, das dies, soweit es möglich ist, zu erreichen versucht. Sie wollen die Dominanz weiß-normativer Perspektiven in der deutschen feministischen De-

batte durchbrechen. Dies versuchen wir unter anderem, indem wir den Fokus in unserer Arbeit auf Perspektiven von Schwarzen Frauen* und Frauen* of Color legen und versuchen, soweit es geht, immer auch die intersektionalen Dimensionen von Diskriminierung mitzudenken.

Gleichzeitig versuchen wir aber, auf die primär historischen Aspekte von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu verweisen, die nicht nur lokal, sondern global bedingt sind. Flucht und Migration sind in diesem Kontext Aspekte kolonialer Kontinuitäten, die vor allem im deutschen Kontext zu häufig verdrängt oder geleugnet werden. Es soll darum gehen, bei der Arbeit einen holistischen Ansatz zu verfolgen und sich immer wieder bewusst zu werden, wo Frau* steht, wie dieses Identitätsmerkmal definiert wird und von wo gesprochen wird. Anstelle eines sogenannten interkulturellen Ansatzes versuchen wir Platz zu machen für die Stimmen, die nicht gehört und die Themen, die ignoriert und ausgeblendet werden. Es geht darum, die Rahmenbedingungen für das An- und Aussprechen dieser Themen zu schaffen.

Eine Öffnung dieses *weißen*-feministischen Raumes, in dem auch Prozesse von Empowerment und Dekolonisierung stattfinden können, wird angestrebt.

Solidarität ist gut und für jede Art von Kampf unerlässlich, wichtig ist dabei aber auch, immer zu schauen, unter welchen Voraussetzungen Solidarität praktiziert werden kann. Wir sind nicht alle gleichförmig, und unsere Kämpfe zum Teil auch sehr unterschiedlich. Dies gilt es immer zu beachten. Erst dann kann wahre Solidarität stattfinden.

Iris Rajanayagam ist Aktivistin, Wissenschaftlerin und Mutter. Sie ist Programmreferentin beim in Mitte angesiedelten Projekt *Frauenkreise* sowie Lehrbeauftragte im Modul «Rassismus und Migration» an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Sie ist außerdem seit 2005 aktiv bei der *Karawane für die Rechte von Migrantinnen und Geflüchteten* und *The Voice (Refugee) Forum* sowie seit Teil des Redaktionsteams von «Leben nach Migration».

«Betroffene von Rassismus sehen sie sich durch den Staat und die Justiz nicht repräsentiert. Es fehlt das Vertrauen in diese Institutionen.»

Das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg hat jetzt eine für das Antidiskriminierungsrecht wegweisende Entscheidung getroffen. Es verurteilte eine Vermieterin einer Familie mit türkischer Migrationsgeschichte zur Zahlung von 30.000 Euro (je 15.000 Euro pro Kläger) wegen Verletzung des zivilrechtlichen Benachteiligungsverbots gem. § 19 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG). In dem Verfahren hat das ADNB des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB) die Kläger_innen beraten und im Prozess als Beistand unterstützt.

Iris Rajanayagam sprach mit Eva Maria Andrades, Projektleiterin beim ADNB über das Urteil und was diese Entscheidung für zukünftige Fälle dieser Art bedeutet.

Im betreffenden Fall haben die Kläger_innen sich auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bezogen und damit Erfolg gehabt. Ist dies eher selten der Fall oder kommt es seit Einführung des AGG in Fällen von rassistischer Diskriminierung tatsächlich zu vermehrten Entscheidungen im Sinne der Geschädigten?

Seit der Einführung des AGG 2006 hat es verhältnismäßig wenig Klagen wegen rassistischer Diskriminierung gegeben. Allerdings gibt es mittlerweile relativ viel Rechtsprechung in Bezug auf Diskriminierung wegen des Alters und Behinderung. Das liegt aber nicht daran, dass es wenige Fälle von rassistischer Diskriminierung gibt, sondern dass für Betroffene von Rassismus häufig der Zugang zu Recht erschwert ist. Zum einen fehlt vielen allein schon das Wissen um ihre Rechte. Zum anderen scheuen Betroffene auch aufgrund des Kostenrisikos eine Klage. Letztlich sind viele Menschen, die Rassismus tagtäglich als Normalität erleben müssen, auch oft mit vielfältigen weiteren Problemen in ihrem Leben konfrontiert und können es sich zeitlich und psychisch gar nicht leisten vor Gericht zu gehen. Überdies sehen sie sich durch den Staat und die Justiz nicht repräsentiert und es fehlt das Vertrauen in diese Institutionen. Aus diesen Gründen ist es wichtig, dass Betroffene eine professionelle, parteiliche und empowernde Beratung und Unterstützung erhalten.

Was die Höhe der Entschädigung betrifft, wurde sich sogar auf die Antirassismus-Richtlinien der EU, auf denen das AGG beruht, berufen. Sich auf internationales bzw. EU-Recht zu beziehen, ist jedoch für das deutsche Justizsystem eher unüblich. Wird dies für zukünftige Entscheidungen Auswirkungen haben?

Das nationale Recht kann und muss immer im Licht und unter Berücksichtigung von internationalem Recht interpretiert werden. Dies geschieht bisher selten in Deutschland, was auch daran liegt, dass internationales Recht in der juristischen Ausbildung nicht ausreichend vorkommt. Das AGG beispielsweise beruht auf Europäischen Richtlinien und muss diesen gerecht werden. So sagt die europäische Antirassismus-Richtlinie, dass Diskriminierung wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sanktioniert werden muss. Die Europäischen Länder wiederum haben dafür einen Spielraum in der Umsetzung dieser Vorgabe. Beispielsweise steht rassistische Diskriminierung in Frankreich unter Strafe. In Deutschland hat der Gesetzgeber sich für eine zivilrechtliche Lösung entschieden. Das bedeutet, dass die diskriminierten Parteien einen Entschädigungsanspruch haben, den sie dann allerdings selber durchsetzen müssen. Klar ist aber, dass die Sanktionierung abschreckend sein muss.

In bisherigen Klagen gegen rassistische Diskriminierung wurden sehr geringe Entschädigungssummen zugesprochen, die unserer Meinung nach eben nicht abschreckend sind. Wenn eine Großraumdiskothek nur 900 Euro Entschädigung an eine diskriminierte Person zahlen muss, so wird das zum einen nicht der tatsächlichen Verletzung, die diese Person erlitten hat, gerecht. Diskriminierung ist eine Verletzung der Menschenwürde!

Zum anderen ist die Summe im Vergleich zu dem Umsatz und Gewinn eines solchen Unternehmens so gering, dass sie auch nicht abschreckend ist. In dem Wohnungsmarkt-Fall, den wir gemeinsam mit dem netzwerk.mieterstadt unterstützt haben, ist diese europäische Vorgabe der Antirassismus-Richtlinien nach abschreckender Sanktionierung vom Amtsgericht berücksichtigt worden, so dass

eine wesentlich höhere Entschädigungssumme als in anderen Fällen ausgeurteilt wurde.

Die Entscheidung des Amtsgerichts Tempelhof-Schöneberg ist ein Präzedenzfall. Was bedeutet dies für zukünftige Klagen wegen rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt?

Dies ist der erste Fall von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, der nach dem AGG verhandelt wurde.⁴ Das Verfahren geht weiter, denn die beklagte Eigentümerin ist in Berufung gegangen. Das Urteil des Amtsgerichts war ein positives Signal. Jetzt müssen wir in der nächsten Instanz dranbleiben und weiterhin deutlich machen, dass nach den europäischen Vorgaben eine abschreckende Sanktion erforderlich ist.

Wir erhoffen uns mit diesem Fall erstens eine Stärkung der Betroffenen durch das Wissen, dass Diskriminierung rechtswidrig ist und geahndet werden kann. Dies kann dazu führen, dass Betroffenen zukünftig häufiger ihr Recht gerichtlich durchsetzen. Zweitens erhoffen wir uns durch ein positives Urteil eine präventive Wirkung auf alle Vermieter_innen, aber auch Arbeitgeber_innen und andere, die diskriminieren.

Viele fühlen sich jetzt eventuell bestärkt, gegen diskriminierendes Verhalten von Seiten ihrer Vermieter_innen vorzugehen. Können Mieter_innen, die auf dem Wohnungsmarkt wegen Hautfarbe, Religion, Name oder vermeintlicher Herkunft diskriminiert wurden, auch nachträglich bzw. nach längerer Zeit klagen?

Das AGG gibt eine Frist von zwei Monaten für die Geltendmachung der Ansprüche. Das bedeutet, ich habe als betroffene Person zwei Monate Zeit – ab Kenntnis von der Diskriminierung, meinem Vermieter/meiner Vermieterin mitzuteilen, dass die Absage, Mieterhöhung und worin die Benachteiligung auch liegt, mich diskriminiert und ich meine Ansprüche nach dem AGG geltend mache. Das sollte man schriftlich tun, um es zu beweisen. Wenn also die Diskriminierung länger als zwei Monate zurückliegt dann ist es zu spät, um sich auf das AGG zu berufen. Es gibt aber noch die Möglichkeit, nach allgemeinem Zivilrecht zu klagen, wobei dann keine günstige Beweislast wie im AGG gegeben ist und

man die Diskriminierung voll beweisen muss, was in der Regel schwer ist. In jedem Fall würde ich mich aber dazu beraten lassen, wie das bei uns möglich ist.

Interessant am Urteil ist auch die Erwähnung der Kinder als ebenso von der Diskriminierung Betroffene wie ihre Eltern, da «nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich die Erfahrung auf Dauer negativ auf ihre besonders sensible persönliche Entwicklung sowie auf das Bild von sich selbst und ihrer Rolle in der Gesellschaft der Bundesrepublik auswirken kann.» Wie schätzt das ADNB diese explizite Benennung der Folgen der Diskriminierung für die Kinder im Urteil ein?

Das ist ein wichtiger Punkt, der auch in dieser Form unseres Wissens nach bisher in Diskriminierungsfällen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Wir beispielsweise dokumentieren schon lange unsere Fälle immer auch nach Anzahl der Betroffenen, weil wir wissen, dass durch eine Diskriminierungshandlung mittelbar auch andere Personen betroffen sind und dies Auswirkungen hat.

In der Pressemitteilung des ADNB zu dem Fall wird von der Notwendigkeit eines Rechthilfefonds gesprochen. Welche Möglichkeiten gibt es, solch einen Fonds aufzubauen?

Es gäbe die Möglichkeit einen solchen Fond über Spenden zu organisieren. Besser aber wäre unserer Meinung nach ein Modell über eine staatlich gesicherte Finanzierung. Letztlich müsste gewährleistet sein, dass jede Person, die klagen möchte, um ihr Recht auf Nichtdiskriminierung durchzusetzen, das tun kann, ohne ein finanzielles Risiko eingehen zu müssen. Eine andere Möglichkeit wäre auch die Einführung einer Verbandsklage und Prozessstandschaft für Antidiskriminierungsverbände, die dann selber für die Betroffenen vor Gericht gehen könnten. Solche Rechte sind beispielsweise im Entwurf für ein Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz vorgesehen, das für Diskriminierung durch die Verwaltung gelten soll. Das Gesetz verstaubt aber seit 2011 in der Schublade. Wir fordern von der Berliner Politik, endlich ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu erlassen. Solche Verbandsrechte würde aber auch nur funktionieren, wenn die Verbände entsprechende Ressourcen und Kapazitäten hätten. Das ist zurzeit nicht der Fall.

⁴ In einem anderen Fall aus Aachen vor vier Jahren hat eine Familie, die bei der Besichtigung einer Wohnung rassistisch beleidigt worden war, eine Entschädigung in Höhe von 5.000 Euro erhalten. Allerdings fand das AGG keine Anwendung.

Pressemitteilung des TBB und des Netzwerks Mieterstadt.de vom 14.01.2015

Das **ADNB des TBB** bietet kostenlos vertrauliche, parteiliche und mehrsprachige Beratung und Unterstützung an für Menschen, die rassistische Diskriminierung erleben.

Telefon: 61305328
e-Mail: adnb@tbb-berlin.de
Website: www.adnb.de

Neuigkeiten vom MRBB und unseren Mitgliedern und Freund_innen

Neuigkeiten vom MRBB und unseren Mitgliedern und Freund_innen

Zeit für eine Zeitenwende – Rücktritt der Integrationsbeauftragten für einen konzeptionellen Neuanfang nutzen!

Pressemitteilung des MRBB

Kaum zwei Jahre nach ihrem Antritt legt die Berliner Integrationsbeauftragte Dr. Monika Lücke zum 31. Mai 2015 ihr Amt nieder. Wie die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen am 23. Februar 2015 mitteilte, werde Frau Dr. Lücke die Leitung eines Programms der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Asien antreten.

Der Migrationsrat sieht in der nun notwendigen Neubesetzung der Stelle eine gute Gelegenheit, den konzeptionellen Stillstand in der Berliner Migrations- und Teilhabepolitik zu beenden und mit der neu auszuschreibenden Stelle einen Neuanfang zu verbinden. Dazu Vorstandssprecherin Cristina Martín:

«Das sogenannte Partizipations- und Integrationsprogramm sollte 2014 und 2015 Migrant_innen-Selbstorganisationen stärken. Afrikanische und arabische Vereine sind aus der Förderung herausgefallen, stattdessen sind etablierte Projektträger neu ins Programm aufgenommen worden. Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen ist praktisch irrelevant geworden. Die sogenannte Oranienplatz-Vereinbarung mit den protestierenden Asylsuchenden, Geduldeten und Illegalisierten hat sich als kurzfristige PR-Maßnahme zur Beruhigung eines politischen Skandals sonder gleichen herausgestellt. Die Wohn-, Arbeits- und sonstigen Lebensbedingungen nicht nur neu einwandernder Menschen vom Balkan sind desolat. Vom Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung ist gar nichts mehr zu hören. Das Partizipations- und Integrationsgesetz ist von der politischen Tagesordnung ganz verschwunden.

Wenn wir nicht in die 1990er Jahre zurückkehren wollen, ist es *jetzt* an der Zeit, einen Punkt zu setzen und dann einen Neuanfang zu machen. Arbeits-, Integrations- und Frauen-Senatorin Dilek Kolat sollte sicherstellen, dass die Neubesetzung entsprechend erfolgt.»

Die Beauftragten-Stelle ist im Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz zwar vorgeschrieben, jedoch ist die Formulierung so unkonkret, dass der Berliner Senat bereits bei der Besetzung mit Dr. Lücke eine faktische Degradierung vornehmen konnte: Anders als ihre Vorgänger_innen wurde sie als Abteilungsleiterin innerhalb der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen eingestellt. Berlin, das 1981 die erste «Ausländerbeauftragte» berufen hatte, verabschiedete sich so 30 Jahre später von einer selbstbewussten Migrations- und

Teilhabe-Politik – und tritt seitdem anderen Bundesländern hinterher. Nuran Yiğit, ebenfalls Vorstandssprecherin des Migrationsrates:

«Wünschenswert wäre die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Stelle der/des Integrationsbeauftragten. Notwendig wäre sogar eine Ausweitung der Beauftragten-Stelle, nicht ihre Überfrachtung mit Verwaltungstätigkeiten, Tarif- und Dienstrechtsfragen. Als Dachverband von etwa 80 Migrant_innen-Selbstorganisationen bieten wir im Prozess der Neujustierung dieser unerlässlichen Stelle gern unsere Unterstützung an.»

Pressekontakt: [Nuran.Yigit](mailto:Nuran.Yigit@mr-berlin.de).

Neue Projekte beim MRBB

«MSO inklusiv!» startet durch!

Mehrfachzugehörigkeiten sichtbar machen und intersektionale Ansätze in der Vereinsarbeit festigen: Das sind die Ziele des neuen Projekts, das im Februar 2015 beim Migrationsrat Berlin-Brandenburg startete. Ähnlich wie beim MRBB-Projekt «Inklusive Communities» steht auch bei «MSO inklusiv!» die Stärkung des Themas sexuelle und geschlechtliche Vielfalt innerhalb der Arbeit von Migrant_innenselbstorganisationen im Mittelpunkt. Das Programm bietet MSOs bundesweit die Möglichkeit, für ein eigenes Projektvorhaben mit LSBTIQ-Schwerpunkt inhaltliche und finanzielle Unterstützung zu erhalten und mehrdimensionale Beratungsangebote in ihrer Vereinsarbeit zu verankern. Damit sollen LSBTIQ-Lebensweisen innerhalb der MSOs und der Communities sichtbar gemacht und von Mehrfachdiskriminierung betroffene LSBTIQs in die Vereinsangebote stärker eingebunden werden. MSOs etablieren sich auf diese Weise als sicht- und hörbare Größen in der LSBTIQ-Projektlandschaft und Vorreiter_innen intersektionaler Vereinsarbeit.

Die Allianz und Zusammenarbeit von MSOs mit von Mehrfachdiskriminierung betroffenen LSBTIQs beinhaltet zugleich ein klares Statement gegen jegliche Versuche, Diskriminierungsformen gegeneinander auszuspielen. Das Projekt «MSO inklusiv!» betrachtet Rassismus, Homo- und Transphobie als miteinander verschränkte Diskriminierungsformen, die als solche erkannt und bekämpft werden müssen. Mithilfe des selbststärkenden Ansatzes des Projekts haben MSOs Raum und Mittel, um community-spezifische Ansätze beim Aufbau von LSBTIQ-Projekten zu entwickeln. Gleichzeitig werden die Vereine während des gesamten Prozesses der Projektentwicklung und -durchführung individuell begleitet und betreut.

Ende März 2015 wird die Ausschreibung für die Projektvorhaben von «MSO inklusiv!» bundesweit veröffentlicht. Wir freuen uns auf Bewerbungen von MSOs aus ganz Deutschland und sind gespannt auf die Ideen und Projektvorhaben!

Neues Mitglied des MRBB

Wir stellen vor: Das JugendTheaterbüro – Initiative Grenzen-Los

Die **Initiative Grenzen-Los!** ist ein Verein zur Förderung der politischen Bildungs- und soziokulturellen Stadtteilarbeit. Wir praktizieren einen (über-) regionalen und internationalen künstlerischen Austausch mit dem Ziel, insbesondere junge Menschen und junge Erwachsene zur politischen Selbstbestimmung zu befähigen, sie

zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem und politischem Engagement anzuregen und hinzu-
führen und sie dadurch in ihrem künstlerisch-kreativen Ausdruck zu bestärken. Die Initiative Grenzen-Los!
vertritt eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Prozessen mittels Bildung und Selbstemanzi-
pation und tritt ein für gleiche Rechte und die gezielte Förderung von Benachteiligten in der Gesellschaft. Wir
fördern durch unsere unabhängige und überparteiliche Arbeit den internationale Austausch und wenden uns
gegen jede Art von Vorurteilen, gegen rassistische, sexistische und soziale Diskriminierung und Ausbeutung, als
auch die Verletzung von Menschenrechten.

MY RIGHT IS YOUR RIGHT! Großdemonstration am Globalen Tag gegen Rassismus, 21. März 2015 | 13h | Spreewaldplatz, Berlin-Kreuzberg

Ankündigung

Wir rufen auf zur De-
monstration am Globalen
Tag gegen Rassismus:
Wir wollen die Stimmen
erheben gegen Rassis-
mus, Antisemitismus,
Islamfeindlichkeit, Anti-
semitismus und gegen
die unmenschliche Asyl-
politik in Deutschland
und Europa. Während

deutsche Unternehmen wie Heckler & Koch ihre Waffen in Krisenregionen exportieren, sterben Menschen auf
der Flucht vor bewaffneten Konflikten und Kriegen im Mittelmeer. Während europäische Regierungen Wirt-
schaftsabkommen außerhalb der EU beschließen, die Ausbeutung und Armut festigen, werden Menschen an
der Migration Richtung Europa gehindert. Die neuen Mauern in und um Europa bedeuten eine Fortführung
des europäischen Kolonialismus. Durch Racial Profiling setzen Polizei, Behörden und Institutionen innerhalb
der EU fort, was die Grenzschutzagentur Frontex an den Außengrenzen macht. Die Wut über eine solch men-
schenverachtende Politik wollen wir am 21. März 2015, dem Globalen Tag gegen Rassismus, gemeinsam laut-
stark auf die Straße tragen!

Seit mehr als zwei Jahren kämpfen Geflüchtete und Unterstützer*innen in Berlin sichtbar gegen institutionel-
len Rassismus in Deutschland und Europa. Wir solidarisieren uns mit den selbstorganisierten Refugee-
Protesten. Die Forderungen der Geflüchteten sind die vollständige Abschaffung der Residenzpflicht und Wohn-
sitzauflage, ein Stopp der Unterbringung in Lagern und aller Abschiebungen. Bleiberecht, Bildung, Arbeitsmög-
lichkeiten und frei gewähltes Wohnen für alle! Ein Ende der politisch gewollten sozialen Isolierung von Ge-
flüchteten!

Die Bundesregierung plant zurzeit mit dem Gesetz zur Neugestaltung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbe-
endigung eine massive Verschärfung des Aufenthaltsrechts: Hier soll unter anderem die Abschiebehaft massiv
ausgeweitet und durch das Instrument der Aufenthalts- und Wiederein- reisesperren die geplante Bleibe-
rechtsregelung durch die Hintertür ausgehebelt werden. Dieses Gesetz wird voraussichtlich im Sommer 2015
in Kraft treten.

Anstelle dieser Verschärfungen fordern wir sofortige Verbesserungen: Dazu gehören Versorgung, Unterkunft,
Leistungen nach ALG und Krankenversorgung für alle Geflüchteten. Wir fordern unbeschränkten Zugang zum
Arbeitsmarkt. Geflüchtete, die beispielsweise in WG's und anderen Orten ein Zimmer oder Bett gefunden ha-
ben, sollen ihre Unterkunftskosten vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in Berlin erstattet
bekommen. Kinder und Jugendliche in Notunterkünften sind sofort in städtische Kitas und Schulen aufzuneh-



men. Das LaGeSo hat in Berlin dafür zu sorgen, dass sich alle Geflüchteten in der Stadt bewegen können und BVG-Tickets erhalten. Rassistische Kontrollen (Racial Profiling) im öffentlichen Raum und insbesondere im Nah- und Fernverkehr durch Bundespolizei, Berliner Polizei, Deutsche Bahn- und BVG-Personal muss sofort eingestellt werden.

Die Kampagne MY RIGHT IS YOUR RIGHT! wird von einem Bündnis von Kulturschaffenden, Aktivist*innen, Jurist*innen, Geflüchteten, Kirchenvertreter*innen, Vereinen, Gewerkschafter*innen, Nachbarschaftsinitiativen und Einzelpersonen getragen. Uns verbindet der Wunsch einer stärkeren politischen Einmischung in die Berliner Flüchtlingspolitik, was nur über eine Vereinigung von unterschiedlichsten Kräften möglich ist. Unsere Kampagne will Raum für Empowerment schaffen, um die Sichtbarkeit des Kampfes gegen unterschiedliche Diskriminierungsformen zu erhöhen. Denn Geflüchtete sind von Mehrfachdiskriminierung besonders häufig betroffen. Wir wollen gemeinsam eine politische Veränderung anstoßen. Deshalb gehen wir am 21. März auf die Straße!

Kommt zur Demonstration am 21. März!

Kontakt: info@myrightisyourright.de (www.myrightisyourright.de, www.facebook.com/MyRightIsYourRight)

Das Bündnis kritischer Kulturpraktiker_innen

«Zugangsbarrieren zu kulturellen Angeboten und Konzeptionen niedrigschwelliger Kulturvermittlung» lautete der Untertitel der Fachtagung «Mind the Gap», die Anfang 2014 am Deutschen Theater Berlin stattfand. Über «Zugangsbarrieren» zu sprechen, ist ja eigentlich eine gute Sache, aber

was genau ist unter «niedrigschwelliger Kulturvermittlung» zu verstehen, fragten wir uns, als wir ein paar Monate zuvor den Veranstaltungsflyer in der Hand hielten. Also schauten wir genauer hin.



Wir – das war damals noch eine lose Gruppe von Kulturschaffenden und -wissenschaftler_innen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen ([Jugendtheaterbüro Berlin](#), [Bühnenwatch](#), [Initiative Schwarze Menschen in Deutschland](#) u.a.) aktiv war. Verbindendes Element unserer gemeinsamen Arbeit war die Sichtbarmachung von Diskriminierung im Kulturbereich. Also eben jenen «Zugangsbarrieren», von denen die Tagung handeln sollte – so dachten wir zunächst. Bei genauerer Betrachtung wurde deutlich, dass sich die Ansätze grundsätzlich unterschieden. In unserer Arbeit richten wir den Blick auf die Ausschlüsse, die durch eine monokulturelle Programmgestaltung und Personalpolitik von Kulturinstitutionen produziert werden. Die Veranstalter_innen hingegen sahen – zu unserer Überraschung – das Problem bei denjenigen, die nicht einer weißen, bildungsbürgerlichen Mitte angehören und schlugen vor, durch «niedrigschwellige Kulturvermittlung» Barrieren bei diesen «Bevölkerungsgruppen» zu beheben.

Also entschieden wir uns, trotz fehlender Einladung, der Veranstaltung einen Besuch abzustatten und gleich zu Beginn unsere Fragen kundzutun. Hier ist ein Video der Rede zu sehen, die wir bei unserer Intervention gehalten haben: <https://mindthetrapberlin.wordpress.com/intervention-im-dt>.

Seitdem sind wir – mittlerweile nennen wir uns das Bündnis kritischer Kulturpraktiker_innen – zu zahlreichen Veranstaltungen eingeladen worden, die sich je nach Kontext und politischer Ausrichtung mit «Interkulturali-

tät», «Diversität», «Vielfalt» oder ähnlichem im Kultursektor beschäftigen. In den meisten Fällen ließen sich Bemühungen erkennen, im Rahmen der Veranstaltung Ausschlüsse nicht zu wiederholen, sondern zumeist – mal mehr, mal weniger – jene Kulturschaffenden zu Wort kommen zu lassen, die von den vielfältigen, strukturellen Diskriminierungen betroffen sind. All diese Tagungen, Konferenzen und Symposien lassen auf ein Umdenken in der deutschsprachigen Kulturlandschaft schließen. Es gibt also Hoffnung, so könnte man meinen, dass die Realität unserer vielfältigen Gesellschaft auch endlich Teil des staatlich finanzierten Kulturbereichs werden wird. Die Praxis sieht jedoch weiterhin anders aus!

Die allmähliche Einsicht, dass grundlegende Veränderungen im Kulturbetrieb notwendig sind, rührt aber nicht nur daher, dass auch Kulturschaffenden in etablierten Institutionen klar wird, dass ihre Theater und Museen schon längst nicht mehr – vielleicht aber auch noch nie wirklich – die gesellschaftliche Vielfalt und unterschiedliche soziale Realitäten abbilde(te)n, weder im Programm noch in der Belegschaft. Diese graduelle Wendung ist vor allem auch auf die zahlreichen und langwährenden Kämpfe von marginalisierten Künstler_innen und Communities zurückzuführen. Für diese stand im Vordergrund, sich einen Platz im Kulturbetrieb zu erstreiten und eigene Formen von (Selbst-) Repräsentation zu entwickeln. Gleichzeitig ging es auch immer darum, stereotypisierende kulturelle Darstellungsmuster zurückzuweisen.

Um über diskriminierungskritische Kulturproduktion nachzudenken, braucht es Raum zum Denken, zum Verlernen, zum Neu- und Wieder-Erfinden. Raum für Visionen, in dem vornehmlich jene Perspektiven zu Wort kommen, die sonst selten gehört werden, weil ihnen die Relevanz abgesprochen wird. («Übertreib doch nicht», «Das ist doch jetzt nicht so schlimm», «Sei mal nicht so sensibel», «Darum geht es doch hier gar nicht»...). Diskriminierung wirkt nicht nur in eine Richtung, sondern in zahlreiche und das zugleich. Rassismus, Sexismus, Diskriminierung aufgrund von Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion etc. sind nicht unabhängig voneinander zu denken, sondern in vielfacher Art und Weise miteinander verwoben. Um die tiefgreifenden Verflechtungsformen diskriminierender Strukturen im Kulturbetrieb benennen zu können, muss es also Orte geben, an denen es möglich ist, die verschiedenen Variationen von Ausschlüssen zusammen zu denken. Dafür benötigen wir einen Austausch von Selbstorganisationen, um gemeinsame diskriminierungskritische Ansätze auszuhandeln und Strategien zu entwickeln, die Ausschlussmechanismen sichtbar machen und abbauen können. Die Konferenz, die das Bündnis kritischer Kulturpraktiker_innen im Herbst 2015 organisieren will, soll eben diesen Raum schaffen. Sie markiert den Anfang eines gemeinsamen Denk- und Erfindungsprozesses.

Mehr Informationen und Kontakt unter:

<https://mindthetrapberlin.wordpress.com/>